



NEUANFANG FÜR OFFENBACH

GEMEINSAM VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

KOALITIONSVERTRAG

ZWISCHEN

CDU OFFENBACH-STADT
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN OFFENBACH/MAIN
FREIE DEMOKRATEN OFFENBACH/MAIN
FREIE WÄHLER OFFENBACH/MAIN



FÜR DIE WAHLPERIODE

2016 - 2021

**Neuanfang für Offenbach –
gemeinsam Verantwortung übernehmen**

Koalitionsvertrag

zwischen

**CDU Offenbach-Stadt
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Offenbach/Main
Freie Demokraten Offenbach/Main
Freie Wähler Offenbach/Main**

für die Wahlperiode 2016 bis 2021

Inhalt

PRÄAMBEL.....	3
FINANZEN UND STADTKONZERN.....	5
WIRTSCHAFT	9
BILDUNG UND KINDERBETREUUNG	13
STADTENTWICKLUNG, WOHNEN UND VERKEHR.....	17
OFFENBACH ALS EUROPÄISCHE STADT: URBAN, KOMPAKT, GRÜN	23
BÜRGERBETEILIGUNG.....	31
UMWELT UND KLIMASCHUTZ	33
SOZIALES, INKLUSION UND GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT	37
SAUBERKEIT, SICHERHEIT UND ORDNUNG	41
SPORT, KULTUR, STÄDTEPARTNERSCHAFTEN	44
INTEGRATION.....	46
ZUSAMMENARBEIT DER KOALITION.....	47

Präambel

Mit dem Wahlergebnis bei der Kommunalwahl am 6. März 2016 haben die Wählerinnen und Wähler den in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien den Auftrag erteilt, bisherige Positionen zu überdenken und neue Wege zu gehen. Es kann kein Zweifel bestehen: Die Stadt Offenbach befindet sich in einer außerordentlich schwierigen Situation.

Die Parteien CDU, Grüne, FDP und FW bilden mit diesem Vertrag für die gesamte Wahlperiode bis 2021 eine Koalition und werden gemeinsam einen Neuanfang für Offenbach starten. Der Vertrag bindet die Jamaika+- Partner fünf Jahre. Die in ihm beschriebenen Aufgaben und Maßnahmen gehen aber über diesen Zeithorizont weit hinaus. Trotz der dramatischen Haushaltssituation halten wir es für falsch, nur auf mehr Hilfen von Land und Bund zu hoffen und zu drängen. Wir müssen selbst die richtigen Weichen stellen. Nur dann kann die Zukunft der Stadt gelingen.

Die finanzielle Situation der Stadt zwingt uns zu sparsamem und effizientem Wirtschaften. Hier sehen wir in einer integrierten Organisationsüberprüfung von Stadt und Stadtkonzern einen Schlüssel, um Kosten einzusparen und Synergien zu generieren. Die Ergebnisse dieser und anderer Aufgaben- und Ausgabenüberprüfungen werden wir ohne Tabus umsetzen.

Die Probleme Offenbachs sind jedoch nicht durch Einsparungen alleine zu lösen, nur mit qualitativem Wachstum kann Offenbach gesunden. Wir werden - bei knappen Mitteln - Maßnahmen vorziehen, die perspektivisch das Potenzial haben, Wachstum zu erzeugen und Mehreinnahmen zu generieren.

Wir wollen die Dynamik unserer Stadt entfalten. Deshalb werden wir die Wirtschaftsförderung ausbauen, neues und vielfältiges Wohnen in Offenbach ermöglichen, die Qualität des Einzelhandelsstandorts steigern, die ortsansässige Wirtschaft zu unterstützen, den Kindern beste Bildung bieten, die Erreichbarkeit der Innenstadt mit unterschiedlichen Verkehrsträgern und die Lebensqualität in den innerstädtischen Wohngebieten wie in den Stadtteilen verbessern. Dazu gehört es als zentrale Aufgabe, den natürlichen Lebensraum zu schützen. Beim Umwelt-, Natur- und Klimaschutz werden wir in den Anstrengungen nicht nachlassen. Wir wollen die Stadt in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Sicht weiterentwickeln, dabei Bewährtes erhalten, Neues entwickeln und all dies gepaart mit wirtschaftlicher Vernunft umsetzen.

In einem ersten Schritt werden wir daher in den ersten hundert Tagen wesentliche Weichenstellungen für diese Stadt auf den Weg geben:

- Wir stellen das ehrgeizige Bildungsprogramm der Stadt auf neue, sichere Füße. Denn Bildung hat für uns hohe Priorität. Dazu setzen wir neue Schwerpunkte bei ganztägiger Betreuung und passen das Schulsanierungsprogramm an die finanzielle Situation der Stadt an.
- Wir werden die Wirtschaftsförderung und das Stadtmarketing neu aufstellen und zu einem schlagkräftigen Vertriebskanal entwickeln.
- Wir starten eine Machbarkeitsstudie für die Verknüpfung der B448 mit der Laska-Brücke, mit dem Ziel, in dieser Wahlperiode Planungs- und Baurecht für eine Verbindung zu schaffen und die Finanzierung darzustellen. Damit verbessern wir das Angebot für zentrale Gewerbeflächen und entlasten Wohngebiete von Luftschadstoffen und Verkehrslärm.
- Wir schaffen neues Wohnen und werden einen Beschluss für einen Bebauungsplan Bürgel Nord-West und das im Regionalen Flächennutzungsplan dargestellte Gebiet Bieber-Waldhof II in die Wege leiten.
- Wir bringen die Renaturierung des Kuhmühlgrabens auf den Weg und werden ein Nahmobilitätskonzept in die Wege leiten.

Wir wissen, dass auch das politische Handeln selbst ein Standortfaktor ist. Wir wollen daher als Koalition Stabilität und Verlässlichkeit beweisen, das Gemeinsame in der Stadtpolitik in den Mittelpunkt des Handelns stellen, Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen beteiligen und mit Bürgerinnen und Bürgern und anderen Parteien ehrlich und transparent umgehen. Zusagen und Aussagen müssen glaubwürdig, verlässlich und nachhaltig sein.

Alle vier Partner tragen unabhängig von der jeweiligen Magistrats- bzw. Ressortzuständigkeit für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung.

Das Ziel der gemeinsamen Verantwortung verbinden wir zugleich mit einem Angebot an den Oberbürgermeister und die anderen kommunalpolitischen Akteure, einen neuen Stil der kommunikativen Auseinandersetzung und dialogischen Entscheidungsfindung für unsere Stadt zu entwickeln. Die Koalitionspartner legen großen Wert auf eine für die Stadt gedeihliche Zusammenarbeit mit dem direkt gewählten Oberbürgermeister.

In diesem Sinne werden wir – CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und FW – gemeinsam die neue Wahlperiode angehen und für die nächsten fünf Jahre die Verantwortung tragen und leben. In dem gegenseitigen Vertrauen, das in den intensiven Koalitionsverhandlungen gewachsen ist. Mit zuversichtlichem Blick auf Vieles, was uns eint und dem gegenseitigen Verständnis dafür, was uns programmatisch trennt und doch einer gemeinsamen Lösung zugeführt werden muss – zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Finanzen und Stadtkonzern

Leitlinien

Die Finanzsituation der Stadt ist auch in den kommenden Jahren die größte Herausforderung für die Kommunalpolitik. Wir bekennen uns zum Ziel eines ausgeglichenen Haushalts. Diesen streben wir mit aller Kraft an, wir werden uns hierbei nicht allein auf Hilfen von Land und Bund verlassen. Eine ausgewogene und dauerhaft tragfähige Wirtschafts- und Finanzpolitik schafft die Basis für eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Wir werden den Haushalt weiter konsolidieren. Wir werden durch ein stringentes Controlling und eine gleichzeitig erfolgreiche Wirtschaftsförderung neue finanzielle Freiräume generieren und damit kommunale Gestaltungskraft zurückgewinnen. Ziel muss die Ansiedlung neuen Gewerbes sein sowie eine Verbesserung der Sozialstruktur. Die sich aus der Zinsentwicklung ergebenden Risiken, werden wir sehr aufmerksam im Blick behalten und auf Veränderungen frühzeitig reagieren.

Zu Beginn der Wahlperiode werden wir uns einen umfassenden Überblick verschaffen. Hierzu werden wir einen Kassensturz vornehmen, der den Kernhaushalt, die Eigenbetriebe und die Beteiligungen umfasst. Der Kassensturz umfasst ferner die Sanierungserfordernisse in allen wesentlichen Infrastrukturbereichen. Mit einer integrierten Organisationsprüfung von Stadt und Stadtkonzern wollen wir Schnittstellen optimieren, Ressourcen optimieren, aber auch teure externe Beauftragungen vermeiden.

Es gelten folgende Grundsätze in der Haushaltspolitik:

Die Vorgaben des Schutzschirmvertrages sind für uns der Maßstab, sie gilt es einzuhalten. Deshalb stehen alle Maßnahmen unter einem Finanzierungsvorbehalt.

Wir werden sehr darauf achten, dass das in der Hessischen Verfassung festgeschriebene Konnexitätsprinzip stets eingehalten wird und dies gegenüber dem Land, wann immer nötig, offensiv einfordern. Gleiches gilt für den Bund. Wir unterstützen ausdrücklich Initiativen des Hessischen und des Deutschen Städtetages zur Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen.

Mit der Kommunalaufsicht (RP) und der Landesregierung werden wir eine vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit pflegen.

Die Novellierung des Finanzausgleichgesetzes verschafft der Stadt im Vergleich zum früheren Ausgleichssystem erhebliche Mehreinnahmen. Wir nehmen die Bereitschaft des Landes ernst, das neue Ausgleichssystem in seinen Wirkungen weiter zu beobachten und gegebenenfalls nachzusteuern. Wir werden daher in diesem Dialog mit der Landesregierung darlegen und einfordern, dass die sich insbesondere aus der Sozialstruktur der Stadt ergebenden, besonderen Mehrbedarfe zur gesetzmäßigen Aufgabenwahrnehmung vollständig Berücksichtigung finden.

Die Struktur der Stadt macht auch im landesweiten Vergleich stets besondere Anstrengungen notwendig. Bei allen Fördermaßnahmen des Bundes und des Landes muss deshalb stets die mittels Sozialindex erfasste Sozialstruktur angemessene Berücksichtigung finden. Wir werden dies einfordern.

Steuererhöhungen sind für uns kein Instrument der Haushaltskonsolidierung. Eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes schließen wir aus. Die Grundsteuer liegt in Offenbach bereits deutlich über dem Landesdurchschnitt. Wir wollen die Steuern stabil halten.

Bestandserhaltende Maßnahmen für die Infrastruktur haben für uns Priorität vor Neuinvestitionen. Eine Ausnahme hiervon bilden die zusätzlichen Bedarfe im Bildungsbereich und Investitionen in Maßnahmen, die dem vorrangigen Ziel der Ansiedlung neuer Einkommens- und Gewerbesteuerzahler dienen.

Zuwendungen und Fördermaßnahmen werden wir regelmäßig auf ihren Wirkungsgrad hin evaluieren.

Wir werden alle Fördermittel und Förderprogramme, die es auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gibt, Stiftungsmittel oder weitere Fördermöglichkeiten prüfen und in Anspruch nehmen. Wir werden aber keine investiven Projekte angehen, nur weil es dafür Fördermittel geben könnte.

Neue Projekte und Vorhaben werden wir nicht nur unter dem Gesichtspunkt „Investitionskosten“ prüfen, sondern auch mit Blick auf die Folgekosten. Ziel ist es, Lebenszyklusmodelle zu entwickeln und so die Wirtschaftlichkeit transparent zu machen. Wir streben keine neuen ÖPP-Projekte an.

Die städtischen Beteiligungen werden unter Beachtung der vom Gesellschafter vorgegebenen Aufgaben stringent nach wirtschaftlichen Kriterien geführt. Ist eine defizitäre Situation in einer Gesellschaft erkennbar, werden wir die zur Abwendung notwendigen Beschlüsse rechtzeitig fassen. Der ÖPNV unterliegt aufgrund seiner spezifischen Rahmenbedingungen einer gesonderten Betrachtung.

Wir wollen den Haushalt transparenter machen. Wie das erreicht werden kann und welche Instrumentarien (beispielsweise Kennzahlen) dafür am besten geeignet sind, muss gemeinsam mit der Kämmerei geprüft werden. Wir halten das für eine Aufgabe der gesamten Stadtverordnetenversammlung.

Bildungsprogramm: Bau und Sanierung von Schulen und Kitas

Unsere Kinder brauchen beste Voraussetzungen für einen erfolgreichen Start ins Leben. Deshalb hat die Sanierung der Schulen und Kindertagesstätten für uns hohe Priorität. Wir werden die Schul- und Kita-Sanierung nicht nur weiterführen, sondern wir wollen sie wo immer möglich auch forcieren. Wir sind uns zugleich bewusst, dass im Rahmen der Umsetzung der Schul- und Kitasanierung es aber auch notwendig sein kann Teilprojekte nach sachlicher bzw. finanzieller Notwendigkeit umzusetzen.

Die Fröbelschule erhält einen Neubau. Wir prüfen alternative Finanzierungen und Verfahren zur Prozessbeschleunigung, damit das Projekt früher abgeschlossen werden kann, als aktuell vorgesehen.

Einen aufgrund der geplanten Neubaugebiete und der Verdichtung der Innenstadt entstehenden Bedarf an notwendiger Infrastruktur gilt es im Blick zu haben, zu berechnen und rechtzeitig bereit zu stellen.

Hochschule für Gestaltung

Wir unterstützen das Vorhaben des Landes Hessens, einen Neubau im Hafenviertel zu errichten. Die Hochschule kann damit noch stärker als Leuchtturm der Kreativwirtschaft in Offenbach fungieren und wertet den Standort insgesamt auf. Bei der Nachnutzung der derzeit genutzten Immobilien beachten wir die finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt Offenbach. Wir streben dabei eine öffentliche Nutzung, möglichst mit einem „kulturellen Fenster“ an. Dafür könnten wir uns einen Ideenwettbewerb vorstellen.

Stadtkonzern

Der Stadtkonzern SOH und seine verbundenen Gesellschaften, die Eigenbetriebe und die weiteren Beteiligungen der Stadt erbringen für die Bürgerinnen und Bürger viele Leistungen der Daseinsvorsorge und des täglichen Bedarfs. Dabei gilt für uns der Grundsatz: Die Erfüllung des Unternehmenszweckes muss sich am Gemeinwohl orientieren und eine nachhaltige Strategie verfolgen, die eine ökonomische, ökologische und soziale Wertschöpfung für die Stadt insgesamt zum Ergebnis hat.

Bei Unternehmen, die sich im Besitz der Stadt befinden oder an denen die Stadt beteiligt ist, werden wir die Steuerungsmöglichkeiten deutlich stärker als bisher nutzen. Dies geschieht auf Grundlage einer Stadtwirtschaftsstrategie, die wir gemeinsam mit den Unternehmensleitungen des SOH-Stadtkonzerns erarbeiten werden. Die Struktur des Stadtkonzerns und die von ihm wahrgenommenen Aufgaben bedürfen einer ständigen Überprüfung. Die Regelungen des § 121 HGO („Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde“) haben dabei besondere Bedeutung.

Die Konkurrenz zu privatrechtlichen Unternehmen des Handwerks und der Wirtschaft sehen wir kritisch. Werden insbesondere handwerkliche Aufgaben durch stadteigene Unternehmen wahrgenommen, müssen sie in jeder Hinsicht dem Vergleich mit gut geführten privaten Anbietern standhalten und ggf. ausgeschrieben werden. Aus der Aufgabenerbringung durch städtische Unternehmen muss ein Mehrwert für die Stadt erwachsen.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf eine enge und abgestimmte Zusammenarbeit von Stadtkonzern und Stadtverwaltung. Dies ist Kernaufgabe der jeweils verantwortlichen Geschäftsleitungen und Amtsleitungen gleichermaßen. Wo dies nicht funktioniert, werden wir dafür Sorge tragen, dass es funktioniert.

Einen Verkauf von Unternehmen oder Anteilen lehnen wir ab, sofern damit die Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt wird oder dies mit dem Verlust von Steuerungsmöglichkeiten für elementare Bereiche der Entwicklung der Stadt verbunden ist.

EVO

Eine sichere, nachhaltige und preisgünstige Energieversorgung ist Daseinsvorsorge. Deshalb unterstützen wir die EVO AG in ihrer strategischen Ausrichtung und der operativen, wirtschaftlichen Entwicklung.

Mit der MVV Energie AG arbeiten wir dabei partnerschaftlich zusammen und erwarten dies auch von der MVV Energie AG. Hierzu streben wir eine langfristige und grundsätzliche Vereinbarung an.

Der Standort Offenbach als vollwertiger Unternehmensstandort steht für uns außer Diskussion.

Einer möglichen regionalen Kooperation mit kommunalen Partnern stehen wir offen gegenüber.

Geschäftsfeld Immobilien – OPG GmbH/MV GmbH + GBO GmbH/GBM GmbH

Die Gesellschaften OPG GmbH, Mainviertel GmbH, GBM GmbH und GBO GmbH nehmen im Auftrag der Stadt bereits heute überaus wichtige Aufgaben wahr.

Die OPG GmbH befasst sich mit der Entwicklung und Erschließung von Grundstücken und neu zu entwickelnden Stadtteilen wie Hafen oder An den Eichen.

Die Gemeinnützige Baugesellschaft Offenbach GmbH ist durch ihren großen Wohnungsbestand in der Lage, langfristig Einfluss auf die soziale Struktur der Stadtteile zu nehmen. Sie ist für die Politik ein wichtiges Instrument der Steuerung.

Durch die anstehenden zusätzlichen Projekte und Vorhaben, beispielsweise im Bereich der Stadtentwicklung (Stichwort Masterplan), wird die Aufgabenfülle dieses Geschäftsbereichs der SOH noch weiter zunehmen. Damit die Gesellschaften auch künftig erfolgreich tätig sein können, müssen die entsprechenden personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Durch eine klare personelle Strukturierung wollen wir deshalb die Arbeit der Gesellschaften aufwerten und zugleich die Zusammenarbeit fördern.

OPG/MV:

Auf die Bauverwaltung kommen in den nächsten fünf Jahren erhebliche Herausforderungen zu. Auf der einen Seite stehen die Erfordernisse des Schutzschilds, auf der anderen Seite die Aufgabenstellungen, die sich aus dem Masterplan für neu zu entwickelnde Gebiete wie das Allessa-Gelände, Bürgel-West und andere Flächen ergeben.

Die OPG GmbH kann hier wertvolle Unterstützung für die Stadtverwaltung leisten, beispielsweise bei der Aufstellung von Bebauungsplänen. Hinzu kommen die bereits bestehenden Aufgaben: Die Erschließungsmaßnahmen Bürgel-Ost und Bieber-Nord oder die Herausforderung Hafen, bei der nun die für die Stadt überaus wichtige Entwicklung und Vermarktung der Gewerbeflächen ansteht.

Wegen der Vielzahl der Aufgaben und Herausforderungen bedürfen die OPG GmbH und MV GmbH deshalb der personellen Stärkung. Die Funktion einer Co-Geschäftsführung nimmt die Geschäftsführung GBO GmbH/GBM GmbH wahr. Die bisherige Geschäftsführung nimmt die Funktion des Sprechers der Geschäftsleitung wahr und führt die operativen Geschäfte der OPG GmbH und MV GmbH.

Durch diese personelle Über-Kreuz-Verzahnung wird die reibungslose Zusammenarbeit der Gesellschaften im Geschäftsbereich Immobilien der SOH sichergestellt.

GBO/GBM:

Die GBO GmbH erbringt für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger eine Vielzahl wichtiger und notwendiger Leistungen. Durch Bau- und Sanierungsmaßnahmen oder durch einen gezielten Zukauf leistet die GBO GmbH einen wichtigen Beitrag für eine hohe Lebensqualität in Offenbach. Beispielhaft seien die Errichtung des ersten Mehrgenerationenhauses in unserer Stadt oder die Schaffung des Ostpols genannt. All dies sind wichtige und zukunftsweisende Projekte, die nur deshalb

möglich sind und waren, weil die GBO GmbH ihre selbst erwirtschafteten Mittel zielgerichtet für Projekte im Wohnungsbau oder der Quartierssanierung einsetzen konnte.

Wir wollen dies auch in Zukunft sicherstellen. Deshalb wird es auch weiterhin keinen Ergebnisabführungsvertrag zwischen SOH und der GBO GmbH geben.

Die GBO GmbH soll eigenständig bleiben und entsprechend operativ handeln können. Daher behält die GBO GmbH/ GBM GmbH eine eigene Geschäftsführung. Deshalb steht auch künftig als Sprecher der Geschäftsleitung eine Fachfrau/ein Fachmann aus der Wohnungswirtschaft mit ausgewiesener betriebswirtschaftlicher Expertise an der Spitze der GBO GmbH. Die personelle Verzahnung der Geschäftsleitung GBO GmbH mit der GBM GmbH hat sich sehr bewährt und wird beibehalten.

Die Co-Geschäftsführung in der GBO GmbH, die durch die Geschäftsführerin OPG GmbH/MV GmbH wahrgenommen wird, wird beibehalten.

Durch diese personelle Über-Kreuz-Verzahnung wird die Zusammenarbeit der Gesellschaften im Geschäftsbereich Immobilien der SOH sichergestellt.

Diese Zusammenarbeit der Arbeit ist keine Einbahnstraße. Wir werden auf diesen Bereich und eine gedeihliche Zusammenarbeit ein besonderes Augenmerk haben.

Durch diese personelle Strukturierung entfällt die bisher geplante teure Notwendigkeit einer neu zu schaffenden starken zweiten Führungsebene.

Einen Verkauf von Gesellschaftsanteilen der GBO GmbH oder eine Privatisierung des Wohnungsbestandes lehnen wir ab.

Ein Verkauf von Wohnungen ist wie bisher im Einzelfall auch künftig grundsätzlich für Reinvestitionen der GBO GmbH möglich.

Wirtschaft

Angesichts des im Schutzschirmvertrag festgelegten Konsolidierungspfades kommt der Ansiedlung neuer Unternehmen eine besondere Bedeutung zu. Für die Koalitionsparteien ist eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung ein zentraler Baustein ihrer Politik. Neue Unternehmen können den Nachholbedarf Offenbachs bei der Gewerbesteuer beheben helfen und schaffen neue Arbeitsplätze und damit neue Einkommensteuerzahler. Offenbach braucht einen Wachstumsplan. Nur mit wirtschaftlichem Wachstum kann sich Offenbach aus seiner existenziellen Krise herausentwickeln. Wir wollen daher alle Unternehmen proaktiv willkommen heißen. Die Kommunale Wirtschaftsförderung soll Unternehmen langfristig an den Standort binden und neue Unternehmen gewinnen.

Offenbach als Teil des Wirtschaftsraums Rhein-Main

Offenbach liegt in einer der am meisten prosperierenden Regionen Europas. An dieser Entwicklung wollen wir teilhaben. Dazu intensivieren wir die regionale Zusammenarbeit und vor allem die Zusammenarbeit mit Frankfurt, aber auch mit dem Kreis Offenbach und dessen Kommunen. Wir wollen Impulse für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum entwickeln und dazu auch besser mit der

Landesregierung kooperieren. Wir wollen einen gemeinsamen Wirtschaftsausschuss mit unseren Nachbarn in der Region bilden, in dem Wirtschaft und Wissenschaft der Städte vertreten sind. Mit der Stadt Frankfurt streben wir eine Kooperation bei den Gewerbeflächen im Kaiserlei-Gebiet an.

Wirtschaftsförderung

Für die Wirtschaftsförderung gilt für uns der Grundsatz: Verlässlichkeit und Vertrauen in die Stadt und ihre Akteure sind Grundvoraussetzung für ein gutes Investitionsklima. Die qualifizierte Beratung der Unternehmen ist uns wichtig. Wir stärken die Wirtschaftsförderung sowohl personell als auch mit Sachmitteln, gerade auch um den Bereich der Unternehmensansiedlung zu stärken. Die Wirtschaftsförderung hat in der Stadtverwaltung eine Querschnittsfunktion und ist bei allen wirtschaftsrelevanten Entscheidungen zu beteiligen. Bei Ermessensentscheidungen der Ämter haben die Erfordernisse einer erfolgreichen Wirtschaftsförderung Vorrang.

Das Standort-Image verbessern, Branchen gezielt ansiedeln

Offenbach ist die Stadt, die im Rhein-Main-Gebiet ihre Möglichkeiten und Vorteile besser nutzen muss.

Wir arbeiten konzentriert an einem besseren Image der Stadt, indem wir die unterschiedlichen Akteure des Stadtmarketings (Wirtschaftsförderung, Amt für Öffentlichkeitsarbeit, SOH, OSG) professionalisieren und besser vernetzen.

OSG

Unter dem Dach der OSG GmbH konzentrieren und konzentrieren wir sämtliche Stadtmarketing-Aktivitäten der Stadt und der SOH-Gruppe. Die OSG GmbH erhält einen Strategiekreis, der die Ziele und Maßnahmen des Stadtmarketings definiert. Durch die Einbindung von Externen in die Strategieguppe erschließen wir uns zusätzliches Knowhow. Zusätzliche Finanzierungsquellen durch eine mögliche Beteiligung von Institutionen wie dem Treffpunkt oder auch der Tourismusbranche werden wir prüfen.

Die Wirtschaftsförderung werden wir deutlich aufwerten und stärken. Ihre Aufgabe ist die erfolgreiche Ansiedlung neuer Unternehmen und Gewerbetreibender.

Wir befreien die Wirtschaftsförderung von den Fesseln der Ämterstruktur und geben den Fachleuten durch eine neue Organisationsform die notwendigen Freiheiten für eine erfolgreichere Arbeit. Die Einzelheiten werden wir in einem sauberen Veränderungsprozess klären. Bei allen Marketingaktivitäten bedient sich die Wirtschaftsförderung des Knowhows der OSG GmbH. Zur Unterstützung der Arbeit der Wirtschaftsförderung halten wir die Einbindung von Fachleuten der Wirtschaft und externen Experten für geboten. Die Wirtschaftsförderung nimmt wo immer möglich auch die Vertretung der Stadt in den Arbeitsgruppen der Regionalgesellschaften wahr und sorgt so für eine stärkere Vernetzung als auch professionellere Sichtbarkeit der Stadt in der Region.

Offenbach ist in der Region die Kreativstadt. Wie und mit welchen Maßnahmen dies stärker als bisher nach außen deutlich gemacht wird, ist prioritäre Aufgabe der OSG GmbH. Wir regen eine Dachmarke „Kreatives Offenbach“ an. Außerdem wollen wir eine Modernisierung des Erscheinungsbildes der Stadt, die Förderung kreativer „Hot-Spots“, die Vernetzung der Kreativen

untereinander und mit anderen Branchen oder die Initiierung einer Kreativmesse. Auch durch eine gezielte Ansiedlungspolitik Offenbach zum größten Atelierhaus der Region zu machen oder eine regionale Zwischennutzungsagentur für leerstehende Büroflächen stehen dabei auf der Agenda.

Gute Ideen der HfG wollen wir zu guten Produkten in guten Offenbacher Firmen machen. Dem Handwerk kommt bei unserer Strategie eine wichtige Rolle als Schnittstelle zwischen Kreativen und Industrie zu, etwa im Bereich Produktentwicklung. Dafür gründen wir eine gemeinsame Projektgruppe zwischen Stadt, Handwerk, IHK und HfG. Die Stiftungs-Professur der HfG („Kreativität im urbanen Kontext“) wollen wir mit Partnern verstetigen und stärker fördern.

Wir streben ferner an, eine weitere Hochschule, Fachhochschule (z.B. Gesundheit, Bildung oder Soziales, vielleicht auch Druck und Medien) oder Fachbereiche bestehender Einrichtungen anderer Städte anzusiedeln und Offenbach so in der Region noch sichtbarer als Bildungsstandort zu profilieren.

Das Rathaus als Servicedienstleister für Unternehmen

Wir wollen die Servicequalität der Verwaltung deutlich stärker als bisher in den Mittelpunkt stellen. In einem ersten Schritt liegt dabei der Fokus auf der Wirtschaftsförderung als erstem zentralen Ansprechpartner für Unternehmen. Die Erteilung von Baugenehmigungen muss deutlich schneller als bisher erfolgen. Für den Bereich Gewerbebauten kommen hierzu Bauaufsicht, Bauamt, Umweltamt und Wirtschaftsförderung regelmäßig unter Führung der Wirtschaftsförderung zusammen. Ziel ist, eine Komplexitätsreduktion und ein engeres positiveres Zusammenwirken aller Beteiligten zu etablieren. Wir streben eine „Baugarantie“ an: Die Verwaltung bestätigt nach Antragseingang schnellstens die Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen und teilt den Antragstellern das geplante Genehmigungsdatum mit. Gewerbliche Bauanträge sollen in einem mit der Wirtschaftsförderung abgestimmten, festen Zeitraum entschieden werden. Ausnahmen sind grundsätzlich möglich, müssen aber begründet werden. Offenbach soll hier wieder Spitze werden. Die Bauaufsicht stärken wir personell besser aus und verzahnen diese mit den jeweiligen städtischen Gesellschaften. Wir prüfen die Schaffung eines Infozentrums, das kleine und mittlere Unternehmen bei der Verbesserung ihrer Umweltpraktiken unterstützt.

Chancen für den Mittelstand

Der Offenbacher Mittelstand ist das Rückgrat der Wirtschaft. Wir wollen ihn stärken und nicht schwächen. Wir unterstützen heimische Firmen (mittelständische Unternehmen, Freiberufler und Handwerksbetriebe) durch intelligente Ausschreibungen.

Service aus einer Hand – die Wirtschaftsplattform 2.0

Wir schaffen in Abstimmung mit der OSG GmbH, der Wirtschaftsförderung und dem Bürgerbüro eine Wirtschaftsplattform 2.0 – ein digitales Unternehmerbüro für Rathaus-Dienstleistungen und eine kommunale Internet-Plattform für Gewerbetreibende mit individuellem Zugang. Dazu initiieren wir einen individuellen Zugang für Unternehmen auf der Internetplattform der Stadt mit allen relevanten Informationen (z.B. Gewerbeflächen, Ansprechpartner, Wohnraum, Ausländerangelegenheiten) und Genehmigungsprozessen (z.B. Baugenehmigung, Arbeitsgenehmigung, KFZ An-/Abmeldung, Anmeldung Kinderbetreuung für Mitarbeiter).

Einzelhandel

Wir machen die Stärkung des Einzelhandels zu einem Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung. Dazu ist es Ziel der Stadt, uns gezielt an qualitativ hochwertige Einzelhändler zu wenden, denen die Mietpreise in Frankfurt zu hoch geworden sind und diese in der Innenstadt und in Gebieten wie dem Offenbacher Nordend anzusiedeln. Dazu prüfen wir auch innovative Lösungen für problematische Einzelhandelsflächen und intelligente Zwischennutzungen. Wir streben einen „Einzelhändler-Pakt für Offenbach“ an mit dem Ziel, dass diese verstärkt A-Sortiment in der Innenstadt anbieten. Wir werden alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, die eine positive Entwicklung insbesondere der Innenstadt als Einkaufsstandort fördert.

Gewerbegebiete

Wir stehen für eine Angebotspolitik bei den Gewerbeflächen. Über die freien Gewerbe- und Büroflächen wollen wir online informieren. Für die Gewerbeflächen am Kaiserlei wollen wir die Attraktivität erhöhen, indem wir die Stellplatzsatzung dort weiter liberalisieren. Freie Gewerbeflächen und Büroflächen sollen im Internet verstärkt auf regionalen und überregionalen Seiten dargestellt werden. Ein wichtiges Standortkriterium sind eine gute Breitbandversorgung und schnelles Internet. Wir unterstützen den Breitbandausbau. Bei Erdarbeiten, beispielsweise bei Sanierungsmaßnahmen oder Erschließungen, müssen eine Mitverlegung von Leerrohren und eine Eintragung in ein öffentliches Breitband-Kataster künftig obligatorisch sein.

Bildung und Kinderbetreuung

Wir wollen eine Stadt der Chancen, in der es darauf ankommt, was ein Mensch kann, und nicht darauf, woher er kommt. Bildung ermöglicht den Zugang zum Arbeitsmarkt, ist aber auch Schlüssel für die Lösung vieler sozialer Probleme und für die Integration. Für eine bildungsgerechte Stadt und beste Bildungsqualität brauchen wir gute und modern eingerichtete Schulen. Und wir wollen eine Stadt, in die junge Familien ziehen, weil sie das Bildungsangebot schätzen.

Schulbau und Inklusive Raumkonzepte

Die Koalition wird die Sanierung, Erweiterung und Modernisierung der Offenbacher Schulen mit erster Priorität weiterführen und die investiven Haushaltsmittel in diesem Bereich vorrangig bündeln. Die beschlossene Prioritätenliste wird hierbei als Leitfaden beibehalten. Bei allen Neubauten, Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen sind ökologische Standards und der Schutz vor Fluglärm sowie Nachhall zu berücksichtigen.

Ebenfalls zu berücksichtigen sind entsprechende Raumkonzepte zur inklusiven Beschulung. Gleichzeitig muss auch der intensiven sonderpädagogischen Förderung von Schülerinnen und Schülerin im Bereich Geistige Entwicklung Rechnung getragen werden. Hier ist der Neubau der Fröbelschule wichtig und ist zügig zu realisieren. Neubauten sollen für Ganztagschule und Familienzentren geeignet sein.

Der Schulhof der Beethovenschule wird nicht veräußert.

Da die Offenbacher Bevölkerung – insbesondere im schulpflichtigen Alter – wächst, hat neben der Abarbeitung der Prioritätenliste die Bereitstellung des notwendigen zusätzlichen Raumbedarfes Vorrang. Darüber hinaus ist auf eine moderne Ausstattung der Schulen zu achten.

Im Rahmen der Abarbeitung der Prioritätenliste kann es notwendig sein, auch Teilprojekte nach sachlicher bzw. finanzieller Notwendigkeit umzusetzen.

Schulorganisation

Für eine echte Wahlfreiheit der Eltern müssen regelmäßig unter Berücksichtigung von Zuzügen und demographischen Erfordernissen Bedarfe geprüft, der Schulentwicklungsplan angepasst und ausreichend Plätze und Räume an allen nachgefragten Schulformen zur Verfügung gestellt werden.

Ganztägige Arbeit

Ganztägig arbeitende Schulen bieten ergänzende individuelle Förderung und ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot. Wer Nachmittagsbetreuung möchte, sollte sie auch ermöglicht bekommen. Damit streben wir die Verwirklichung der Wahlfreiheit zwischen Halbtagsschule und den verschiedenen Formen der Ganztagsangebote an. Wichtig ist hierbei nicht nur die Quantität der Angebote, sondern auch die Qualität der ganztägigen Arbeit.

Der pädagogisch gestaltete Tag unter Einbindung von (Sport-)Vereinen, Musik- und Kunstschule sowie echten Ganztagsklassen in einzelnen oder auch mehreren Zügen soll überall angestrebt werden. Den Pakt für den Nachmittag werden wir nutzen, um ein verlässliches und bedarfsgerechtes Angebot bereitzustellen. Darüber hinaus werden wir weitere Modelle und eigene Anstrengungen zum Ausbau ganztägiger Arbeit prüfen.

Ganztägige Arbeit erfordert eine gute und gesunde Essensversorgung. Diese ist überall sicherzustellen.

Bildungsmanagement

Beste Bildung braucht auch kommunales Management, damit die Übergänge zwischen den Bildungsphasen und Einrichtungen erleichtert, die Anforderungen der Wirtschaft aufgegriffen, Schulsozialarbeiter gezielt eingesetzt und Patenschaften organisiert werden. Der beschlossene „Orientierungsrahmen Bildung“ ist hierfür Leitfaden.

Die Fachstelle Bildungskoordination wird in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt, den Offenbacher Kitas und den Offenbacher Grundschulen die Qualität der Kooperation von Kita und Grundschule weiterentwickelt. Dafür soll vor allem die Offenbacher Übergangskonferenz regelmäßig stattfinden und die Übergabe von Entwicklungsdokumentationen angestrebt werden.

Das kommunale Bildungsmanagement wird an der Umsetzung der zehn Empfehlungen der „AG Übergang 4/5“ arbeiten und auf eine verbindliche Kooperationsvereinbarung mit dem Staatlichen Schulamt und den allgemeinbildenden Schulen hinwirken. Es geht vor allem darum, dass hierbei Mindeststandards geschaffen werden. Besonders wichtig erscheint dabei die Elternarbeit mit leicht verständlichen Veranstaltungen und Formularen frühzeitig vor dem Übergang. Außerdem wollen wir darauf hinwirken, dass Förderbedarfe an das Staatliche Schulamt frühzeitiger und konsequenter kommuniziert werden, um eine schnellere und angemessenere Ressourcenzuweisung zu erreichen. Dafür werden eine enge Zusammenarbeit mit der IGOS (Interessengemeinschaft der Offenbacher Schulleitungen) sowie eine Darstellung aller zu fördernden Schüler im Erziehungs- und Bildungsbericht angestrebt. Ebenfalls sehr wichtig ist uns eine Fortführung des erstmals erprobten zentralen Lehrersprechtags im Oktober/ November für einen besseren Austausch zwischen abgebenden und aufnehmenden Schulen.

Berufliche Bildung

Eine gute berufliche Bildung ist Voraussetzung für die ökonomische Prosperität des Standortes Offenbach. Deshalb wollen wir den Berufsschulstandort stärken.

Wir wollen eine moderne Berufsschulausbildung mit zukunftsorientierten Berufsfeldern und eine Anerkennung als Exzellenzstandort für einzelne Berufe. Hierzu bedarf es einer kooperativen Abstimmung mit benachbarten Schulträgern, insbesondere dem Landkreis Offenbach, der IHK und der Kreishandwerkerschaft, der Agentur für Arbeit und dem Amt für Arbeitsförderung. Die Qualitäten in den beruflichen Schulen sollen im Dialog mit den Unternehmen und den abgebenden Schulen ausgebaut werden.

Im Bereich der Weiterbildung sollen zusätzliche Bildungsangebote für Menschen im Beruf geschaffen werden.

Weitere Aspekte der Offenbacher Bildungslandschaft

Bisherige Beschlüsse und Angebote im Bereich Schule und Bildung werden umgesetzt bzw. beibehalten. Zum Beispiel wird die Koalition die Förderung der deutschen Sprache durch niedrigschwellige Angebote wie „Mama lernt Deutsch“ sowie die Schulsozialarbeit uneingeschränkt weiterführen und die Beschlüsse zu „Trinkwasser und gesündere Verpflegung an Schulen“ sowie zum „Modellprojekt mehrsprachige Bildung von Anfang an“ weiter umsetzen.

Die Koalition wird der Gewalt- und Suchtprävention an den Schulen eine besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir werden für eine engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und der Hessischen Präventionsstelle gegen Islamistischen Extremismus werben.

Die gute bisherige Arbeit der Volkshochschule im Bereich der Förderung der deutschen Sprache und Zertifizierung der Herkunftssprachen wird fortgesetzt und an den weiteren Bedarf angepasst. Darüber hinaus soll die VHS auch weiterhin ein ausgewogenes Angebot für alle Bevölkerungsschichten vorhalten.

Das Angebot der Stadtbibliothek, insbesondere der Kinder- und Jugendbibliothek, wollen wir im bisherigen Umfang erhalten.

Die Koalition unterstützt die Überlegungen des Masterplanes, dass zur Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts eine Wissenschaftseinrichtung (z.B. Hochschule, Fachhochschule, Akademie oder Forschungseinrichtung) angesiedelt werden soll, die mit lokalen und regionalen Unternehmen kooperiert.

Kinderbetreuung

Unsere Kinder benötigen eine gute Betreuung in den Kindertagesstätten, um ihre sozialen Fähigkeiten zu entwickeln und die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schuleintritt zu erreichen.

Eine verlässliche Betreuung ist für die Teilhabe der Eltern am Arbeitsleben unerlässlich. Die Herausforderungen der modernen Arbeitswelt führen dazu, dass die bisherigen Betreuungszeiten unter Umständen nicht ausreichen. Wir wollen daher in einem Pilotprojekt für ein oder zwei Kitas in zentraler Lage Betreuungsangebote außerhalb der derzeitigen Betreuungszeiten von 45 Stunden pro Woche und Kind machen. Hierbei soll auch geprüft werden, ob eine Samstagbetreuung notwendig ist und angeboten werden kann.

Um Kinder aus bildungsbenachteiligten Familien qualitativ besser zu fördern, brauchen wir eine gute Personalausstattung. Wir wollen daher erreichen, dass der Sozialstrukturindex auch für die finanzielle Förderung von Kindertagesstätten durch das Land gilt. Beim Land Hessen sollen entsprechende Anträge gestellt werden.

Bei künftigen Neu- und Umbauten von Kitas wollen wir prüfen, ob diese mit der Einrichtung von Familienzentren verbunden werden können.

Wir beabsichtigen, die Kitabeiträge während der gesamten Wahlperiode stabil zu halten. Es soll mit Anträgen an das Land Hessen erreicht werden, höhere Zuschüsse im Kitabereich zu erhalten. Um den Fachkräftemangel im Kitabereich zu reduzieren, setzen wir uns für eine Aufwertung des Berufs der Erzieherinnen und Erzieher ein und werden auch in Zukunft eine bestmögliche Bezahlung anstreben, die uns im regionalen Wettbewerb um die Fachkräfte stärkt.

Um die vielfältigen Aufgaben bewältigen zu können, sind auch weiterhin kontinuierliche Fortbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher unerlässlich. Diese verschaffen uns auch bezüglich der Gewinnung von Fachkräften einen Wettbewerbsvorteil.

Im Bereich Übergang Kita – Grundschule befürworten wir eine enge Zusammenarbeit durch Kooperationsstandards und Übergangskonferenzen.

Für eine erfolgreiche Bildungsteilhabe der Offenbacher Kinder ist die sichere Beherrschung der deutschen Sprache zu Schulbeginn unabdingbar. Aus diesem Grund nimmt die Sprachförderung in der pädagogischen Arbeit der städtischen Kindertagesstätten einen wichtigen Stellenwert ein. Wir werden uns daher mit Nachdruck für den Erhalt und die Intensivierung der Vermittlung von Sprachfertigkeiten in städtischen Kindertagesstätten und Krabbelstuben einsetzen. Auch bei freien Trägern soll entsprechend für die Fortbildung der dort angestellten Erzieherinnen und Erzieher in diesem Bereich geworben werden.

Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Wir sehen in neuen, besser angebundenen Gewerbeflächen und neuen Wohnbaugebieten eine Chance für die Stadt Offenbach, stärker als bisher von der Entwicklung der Rhein-Main-Region zu profitieren sowie Wohnen, Arbeiten und eine hohe Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum miteinander zu verknüpfen. Dabei werden wir auf Qualität und Nachhaltigkeit der Stadtentwicklung ein besonderes Augenmerk legen.

Masterplan

Wir begrüßen den Masterplan Offenbach am Main 2030 in der in der Stadtverordnetenversammlung am 25.02.2016 beschlossenen Form und werden ihn als eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der Stadt Offenbach am Main in unsere Arbeit einbeziehen. Seine Handlungsfelder und Ziele und die darin identifizierten Schlüsselmaßnahmen stellen den Rahmen für unsere Arbeit zur Stadtentwicklung dar. Alle Beteiligten sind sich einig, dass der Masterplan voraussichtlich alle fünf Jahre einer Evaluation unterliegt und die beispielhafte Bürgerbeteiligung fortgeführt werden soll.

Wir beabsichtigen daher, in der Wahlperiode 2016 bis 2021 die Bearbeitung nachfolgender Maßnahmenpakete unter Berücksichtigung der mit beschlossenen Zeitfenster (siehe Anlage 4 zur Magistratsvorlage) in Angriff zu nehmen:

Aufwertung der Innenstadt

Die Innenstadt ist das Aushängeschild der Stadt und muss in ihrer Funktion als Einzelhandels- und Dienstleistungs-, aber auch Wohnstandort gestärkt werden. Als wichtiger Imageträger und Repräsentant übernimmt sie neben der Versorgungsfunktion von Stadt und Umland vor allem auch identitätsstiftende Funktionen. Aktuell ist die Offenbacher Innenstadt durch Kontraste und Brüche geprägt.

Herzstück des Innenstadtumbaus ist die Umgestaltung des Marktplatzes. Dieser wird unter der Maßgabe erfolgen, dass die Beziehung Berliner Straße/Waldstraße/ Bieberer Straße für den motorisierten Individualverkehr erhalten bleiben kann. Wir werden dazu eine Analyse aller Verkehrsbeziehungen in und um die Innenstadt erstellen und auf dieser Basis die Verkehrsführung festlegen.

Mit dem Umbau des Marktplatzes werden zudem die Aufenthaltsqualität sowie die Verweildauer von Kunden/Passanten erheblich gesteigert. Weiterhin wird die gleichberechtigte, barrierefreie und sichere Nutzbarkeit des öffentlichen Freiraums auch für schwächere Verkehrsteilnehmer – insbesondere Fußgänger und Fahrradfahrer – hergestellt. Der Wilhelmsplatz wird mit der Fußgängerzone Frankfurter Straße durch die verbesserte Erreichbar- und Passierbarkeit für Kunden und Passanten sinnvoll verbunden. Die Initiative Karree Offenbach ist zur Intensivierung privater Aufwertungsmaßnahmen weiterzuführen.

Durch den Umzug der Hochschule für Gestaltung ist ein Nachnutzungskonzept für das Isenburger Schloss und die weiteren Hochschulgebäude erforderlich. Hierzu ist eine Arbeitsgruppe (Task-Force) einzurichten, die in der ersten Stufe unter Bürgerbeteiligung die Erstellung einer Studie zu Potenzialen der Nachnutzung in Auftrag gibt. Mittelfristig ist eine tragfähige Nachnutzung zu installieren. Der Masterplan empfiehlt eine öffentliche Nutzung dieses markanten Gebäudes.

Ein weiteres Fundament der Innenstadtentwicklung stellt die funktionale, barrierefreie und gestalterische Aufwertung des Hauptbahnhofes und seines Umfeldes dar, die aktuell im Rahmen des Programms Soziale Stadt vertieft untersucht wird. Kurzfristig ist ein Konzept zu erstellen, mit der Deutschen Bahn zu verhandeln und mittelfristig eine Umsetzung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn anzustoßen. Auch das Instrument einer Sanierungsgebietsatzung ist fachlich zu prüfen.

In der Innenstadt wurden Schlüsselgebäude identifiziert, die Sanierungsbedarf aufweisen und das Bild negativ beeinflussen. Eine Sanierung bzw. Abriss und Neubau der privaten Gebäude soll durch gezielte Beratung angestoßen werden. Gestalterisch, im beispielsweise Rahmen einer Erhöhung des Wohnanteils und für die Steigerung der Aufenthaltsqualität, ist dies für die Aufwertung der Innenstadt notwendig. Die Durchführung von vorbereitenden Planungen und die Ansprache und Beratung der Eigentümer sind eine Daueraufgabe der Innenstadtentwicklung. Unterstützungsleistungen können im Rahmen des Programmes „Aktive Kernbereiche“ erfolgen.

Die Raumkanten des Stadthofs, des Platzes der Deutschen Einheit und des Hugentotenplatzes sollten baulich korrigiert werden, um die Plätze besser zu fassen. Durch Aufwertung der vorhandenen und Schaffung von neuen Durchbrüchen zur Frankfurter Straße sollen die genannten Platzräume mit der Fußgängerzone optimal vernetzt werden.

Gesamtstädtische Freiraumqualitäten verbessern und vernetzen

Offenbach verfügt über eine Vielzahl von Freiflächen. Diese werden gestärkt und miteinander vernetzt.

Grünes Rückgrat der Stadt bildet das Mainufer, das durch eine Vielzahl von kleineren Maßnahmen entlang des Mains als grünes Main-Band ausgebildet und in seiner Erholungsfunktion und Aufenthaltsqualität aufgewertet werden soll. Erste Maßnahmen, die kurzfristig durchgeführt werden, sind der Ausbau des Nordrings zwischen Goethering und der SG Wiking 1903 e.V. und die Gestaltung des Radwegs am Mainuferparkplatz. Mittelfristig wird die Neuordnung des Mainuferparkplatzes zu einer Aufwertung der Freiraumqualität führen.

Der Anlagenring ist prägend für die Stadt und an den Main heranzuführen. Dies geschieht im Westen durch die Weiterführung des Anlagenrings über den Goethering an den Main und die Schaffung eines Grünzugs im Osten vom Ostbahnhof durch das Allessa-Gelände. Künftig – perspektivisch in den nächsten 10 bis 15 Jahren – sollen die Einfahrtsstraßen als Alleen ausgebaut und begrünt werden. U.a. die Waldstraße, die Sprendlinger Landstraße und die Bieberer Straße könnten im Querschnitt reduziert werden und als Alleen das Bild der Stadt aufwerten.

Bei Neubebauungen sowie im Rahmen von innerstädtischen Verdichtungsvorhaben werden wir, auch bei privat finanzierten Vorhaben, darauf achten, dass für die Bewohnerinnen und Bewohner nutzbare Anteile von Grünflächen, wie zum Beispiel Gartenflächen, nutzbare Dachbegrünungen oder alternativ neue öffentliche Grünflächen entstehen.

Neupositionierung des Kaiserlei

Das Kaiserlei-Gebiet entspricht aufgrund seiner monostrukturellen Ausrichtung auf große Büronutzer nicht mehr den zeitgemäßen Anforderungen. Bereits heute sind punktuelle Umbau- und Sanierungsaktivitäten sowie Neubauentwicklungen im Gebiet sichtbar und bringen eine neue Dynamik in die Standortentwicklung.

Grundstein der Neupositionierung des Kaiserlei-Gebietes zu einem urbanen und durchgrünten Dienstleistungsstandort ist der Umbau des Kaiserlei-Kreisels. Durch die Förderung eines Nutzungsmixes mit Gastronomie und Nahversorgern wird das Gebiet lebendiger und attraktiver. Es sollen begrünte Zuwegungen zum Main im Gleichklang mit der baulichen Entwicklung angelegt und damit die Vernetzung zwischen Main und Quartier gestärkt werden. Ein Park am Nordkap mit seinem Fokus auf Sport und Freizeit im Norden des Gebietes ergänzt die Bündelung der Freizeitnutzungen am Mainufer (Hafen 2, Robert Johnson etc.) und soll den Bewohnern des Nordends als Erholungsfläche dienen.

Unter den Koalitionspartnern herrscht Einigkeit darüber, dass die von Frankfurt geplante Multifunktionsarena abgelehnt wird.

Entwicklung des DesignPort

Mit der Umsiedlung der Hochschule für Gestaltung an den Hafen wird ein wichtiger Impuls für das Nordend und die benachbarten gewerblichen Flächen am Hafenbecken gesetzt. Der im Masterplan entwickelte DesignPort setzt sich aus der HFG am neuen Standort, der Heyne-Fabrik und hochschulnahen Kreativunternehmen zusammen, die sich in der Nachbarschaft ansiedeln und dem Standort ein besonderes Profil geben sollen. Hierfür bedarf es einer auf das Konzept des DesignPort abgestimmten Vermarktung. Parallel dazu ist die Kreativwirtschaft im Nordend zu stärken.

Die Koalition setzt sich bei einer Umstellung des Energieträgers im Kraftwerk der Energieversorgung Offenbach AG dafür ein, dass ein Rückbau des Kohlelagers erfolgt, um die Standortentwicklung des DesignPorts zu vervollständigen.

InnovationsCampus (Allessa)

Die Entwicklung des InnovationsCampus auf dem Allessa-Areal ist ein elementarer Bestandteil der Offenbacher Gewerbeentwicklung mit überregionaler Strahlkraft. Grundlage bildet die Erstellung eines Rahmenplans, der die städtebauliche Struktur und zukünftige Ausrichtung des Gebiets vertieft und die Renaturierung des Kuhmühlgrabens integriert. Die Erarbeitung des Rahmenplans ist kurzfristig anzustoßen. Aktuell erstellt das Amt für Stadtplanung, Verkehrs- und Baumanagement einen Antrag zur Aufnahme in das Bund-Länder-Programm Stadtumbau West. Darüber hinaus ist der Eigentümer bei der Aufstellung des Rahmenplans finanziell einzubinden.

Impulsgeber für die Entwicklung des Quartiers ist die Einrichtung eines Gründerzentrums, das sich um das ehemalige Verwaltungsgebäude der Farbwerke gruppiert und parallel zur Erstellung des Rahmenplans angestoßen wird.

Nach der Schaffung von Baurecht obliegt die Erschließung, Bebauung und Vermarktung dem Eigentümer der Fläche. Zum Innovationscampus soll auch die Branche rund um Erneuerbare Energien und Energieeffizienz gehören.

Entwicklung des Offenbacher Ostens

Die sich im Umbruch befindlichen Gewerbegebiete im Offenbacher Osten sind „stark in die Jahre gekommen“ und stellen sich ohne eindeutiges Profil dar. Darunter zählen die Branche des Allessa-Areals, das Gewerbegebiet Daimlerstraße, das Areal des ehemaligen Güterbahnhofs sowie die Gewerbegebiete an Mühlheimer Straße und Lämmerspieler Weg.

Zur Entwicklung des Offenbacher Ostens schlägt der Masterplan ein aufeinander abgestimmtes Maßnahmenbündel vor. Eine zukunftsfähige gewerbliche Weiterentwicklung setzt eine funktionierende innere und äußere Erschließung voraus. Aktuell wird diese jedoch im Masterplan als unzureichend bewertet. Potenziale für eine Optimierung der äußeren Erschließung bietet demnach die B 448, die für Firmen an der Mühlheimer Straße eine zügigere Anbindung an die A3 darstellt. Derzeit fokussieren sich die Verkehrsflüsse auf die Mainstraße und die Untere Grenzstraße, die aktuell Grenzwertüberschreitungen insbesondere bei den Stickoxidwerten aufweisen. Hier ist eine Entlastung des Verkehrsaufkommens zu Gunsten der Anwohner in den umliegenden Wohngebieten durch verschiedene Maßnahmen anzustreben.

Als Schlüsselmaßnahme zur Revitalisierung der Gewerbegebiete und Entlastung der genannten Erschließungsstraßen wird die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zum Bau und den Kosten einer 900 m langen zweispurigen Verbindungsstraße mit abschnittsweise begleitenden Radwegen von der B 448 zur Mühlheimer Straße empfohlen. Dies werden wir tun.

Diese soll eine Umweltverträglichkeitsprüfung beinhalten, die verkehrliche Alternativen und Varianten prüft, die Eingriffe in Natur und Landschaft bewertet, Waldeinschlag minimiert und naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen identifiziert. Potenzielle Ausgleichsmaßnahmen sind unter anderem die Renaturierung des Kuhmühlgrabens, der Rückbau des Knotens der B 448 und des Mühlheimer Weges durch den Offenbacher Wald nach „An den Eichen“. Das Ergebnis der Studie ist zwingende Voraussetzung für den Bau der Verbindungsstraße. Die Machbarkeitsstudie ist kurzfristig anzustoßen. Die Ergebnisse werden zeitnah umgesetzt. Da diese Verbindungsstraße vorhandene Bundesstraßen entlastet, ist eine Co-Finanzierung durch Bund und Land zu fordern.

Durch den Bau der Verbindungsstraße zwischen Mühlheimer Straße und B 448 wird die Anbindung des Gewerbegebiets Lämmerspieler Weg optimiert. Ausmaß, Kosten und Finanzierung eines durchgehenden Ausbaus des Lämmerspieler Wegs auf Höhe der Laskabrücke sind im Rahmen der Planung darzustellen. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, die Erreichbarkeit von „An den Eichen“ über die ausgebauten Straße zu verbessern. Es sind Radwege für die Bewohner von „An den Eichen“ vorzusehen. Im Rahmen des Maßnahmenpakets wird die Begrünung der so entlasteten Unteren Grenzstraße und der Bieberer Straße als Allee mit beidseitigen Radwegen umgesetzt und mit Projektbeschlüssen abgesichert.

Die Aktivierung und Vermarktung des Gewerbegebiets Daimlerstraße durch eine Aufwertung des Straßenraums und die Optimierung der inneren Erschließung sowie die Entwicklung des Quartiers 4.0 auf dem ehemaligen Güterbahnhof werden als kurzfristig durchzuführende Maßnahme bewertet und bilden einen weiteren Baustein zur Stärkung des Offenbacher Ostens.

Der als Aufstellungsbeschluss bestehende Bebauungsplan Daimlerstraße (Wohnzwecke) wird nicht weiter verfolgt. Stattdessen soll das Gebiet für gewerbliche Nutzung gesichert werden. Die planungsrechtlichen Voraussetzungen dafür sind zeitnah zu realisieren.

Mit der Renaturierung des Kuhmühlgrabens geht der Rückbau der Mainstraße / Offenbacher Straße in diesem Bereich zu einem begrünten Radweg einher. Die Erschließung des InnovationsCampus wird durch eine Straße mit begleitenden Radwegen bzw. Radfahrstreifen zwischen Kettelerstraße und Mainstraße optimiert.

Anbindung Offenbachs

Ziel des Masterplans ist es, die zukünftigen Qualitäten des Erholungsgebietes Fechenheimer Mainbogen mit der Offenbacher Innenstadt zu vernetzen. Dazu soll eine Personenfähre eingerichtet werden, sofern dies kostenneutral möglich ist. Langfristig ist zu prüfen, ob und zu welchen Kosten und auf welchem Finanzierungsweg eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke am Isenburger Schloss diese Verbindung herstellen kann.

Die Verhandlungen über einen entfernungsabhängigen Tarif sollen weiter verfolgt werden. Um die Funktion des Offenbacher Hauptbahnhofs zu stärken, soll zukünftig eine Regionalzugverbindung zwischen Aschaffenburg, Offenbacher Hauptbahnhof und Flughafen installiert werden.

Die Koalition wird im Rahmen der Verbesserung der gesamtstädtischen Freiraumqualitäten mittelfristig eine gute Anbindung Offenbachs an ein überregionales Fahrradnetz herstellen.

Hierfür sollen Netzlücken geschlossen werden und Radschnellwege die Anbindung an die Region fördern. Eine Innerstädtische Anbindung stärkt die Erreichbarkeit auch mit dem Fahrrad und fördert die Attraktivität der Gewerbe- und Wohnstandorte.

Neue Baugebiete

Um der steigenden Wohnraumnachfrage gemäß aktueller Bevölkerungsprognosen gerecht zu werden, identifiziert der Masterplan Wohnbaupotenziale. Bis zum Jahr 2030 sollen ca. 8.700 neue Wohneinheiten für rund 10.000 Einwohner geschaffen werden.

Hierfür wird in dieser Wahlperiode mit der Erschließung der bereits ausgewiesenen Neubaugebiete Bürgel Ost und Bieber Nord begonnen. Erst nach fertiger Erschließung dieser Baugebiete wird geprüft, ob und ggfs. wo Bedarf für die weiteren identifizierten Wohnpotenzialflächen besteht. Dabei sind aber insbesondere Waldgebiete, aber auch Grün- und landwirtschaftliche Freiflächen zu erhalten, die einen hohen Wert für Natur- und Landschaftsschutz und die Erhaltung der Lebensqualität aufweisen.

Im Stadtteil Bieber-Waldhof wird die südlich von Waldhof entlang der S-Bahnlinie gelegene Waldfläche nicht bebaut.

Die als Wohnbaupotential ausgewiesenen Flächen Rumpenheim N/W und Bürgel S/O (Mainzer Ring/ am Kuhmühlgraben) werden als Ausgleichsflächen für im Rahmen der Umsetzung des Masterplan geplanten Baumaßnahmen vorgehalten und dann im Regionalen Flächennutzungsplan in Grün/ Erholung umgewidmet.

Für die Flächen Bürgel West und Bürgel Süd (am Alessa Gelände) sowie Waldhof 2 (Teilfläche im Regionalen Flächennutzungsplan) wird beschleunigt Baurecht geschaffen.

Im Zuge der steigenden Bevölkerungszahlen müssen Maßnahmen und Finanzierung der auszubauenden bedarfsgerechten Infrastruktur (gemäß Nahverkehrs-, Kindergarten- und Schulentwicklungsplan sowie den Erschließungsplänen für Straßen- und Kanalbau) aufgezeigt und gewährleistet werden.

Quartiers- und Stadtteilentwicklung

Um sich als attraktiver Wohnstandort behaupten zu können, muss – neben der oben genannten Identifizierung von Wohnbaupotenzialen – durch eine Verbesserung des Wohnumfeldes in die

Aufwertung des Wohnungsbestands investiert werden. Wir sind uns einig, dass ein sozial ausgewogenes, kinderfreundliches Wohnumfeld im jeweiligen Bestand geschaffen wird, das durch qualitativ hochwertige und energieeffiziente Wohntypen für die Bedarfe unterschiedlichster Nutzer gekennzeichnet ist. Einkaufen, ärztliche Versorgung, Grünflächen und öffentlicher Raum mit hoher Aufenthaltsqualität sind in den Quartieren zu gewährleisten.

Im Sinne der Wohnungspolitischen Leitlinien sind kurzfristig im gesamten Stadtgebiet Quartiers- und Stadtteilentwicklungskonzepte aufzustellen und Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Wohnfunktion zu entwickeln. Darin werden u.a. auch die Ziele des gesamtstädtischen Vergnügungsstättenkonzepts sukzessiv umgesetzt. In stark verdichteten innerstädtischen Quartieren, wie dem Nordend, sind zur Verbesserung der Wohnqualität exemplarisch Blockkonzepte zu erstellen.

Die Ortskerne in Bürgel, Bieber und Rumpenheim sind historische Kulturgüter, die es zu schützen, gestalten und stärken gilt. In ihrer Funktion zu stabilisieren sind die im Rahmen der Stadterweiterung entstandenen Wohngebiete im Grünen: „Gema“ Tempelsee, An den Eichen, Rosenhöhe und Lauterborn. Konkrete Maßnahmen ergeben sich aus der Erarbeitung der Stadtteilentwicklungskonzepte.

Die historisch gewachsenen Orte Bieber, Bürgel und Rumpenheim werden im Sinne einer kulturellen Bereicherung in ihrer Eigenständigkeit und den damit verbundenen Traditionen unterstützend gefördert. Diese drei Orte verfügen über einen strukturell existenten mittelalterlichen Kern mit großflächig historischer Bebauung. Die alten Ortskerne werden nun auch infrastrukturell als solche definiert. Eine früher bemühte autoverkehrsgerechte Planung wird nicht mehr weiter verfolgt. Der historische Kern soll als solcher sichtbar gemacht werden. Hierzu gehört die Prüfung einer für die Ortskerne passendere Beleuchtungsform (z. B. LED-Lampen mit historisierender Fassung, indirekte Ausleuchtung der Wege durch Fassadenbeleuchtung), der Verzicht auf Asphaltierung eines bei Straßenreparaturmaßnahmen wieder verlegten und gegebenenfalls ergänzten Basaltpflasters. Die nicht nachvollziehbaren Gehwegbreiten deutlich unter einem Meter sind unsinnig und fördern das Unfallrisiko. Langfristig werden alle baulichen Maßnahmen unter die Zielsetzung einer verkehrsberuhigten Zone für die historischen Ortskerne geplant und sukzessive hingeführt.

Für den Erhalt und die fachgerechte Sanierung der historischen Bebauung wird eine Gestaltungssatzung erstellt, die auch einzelne fachgerechte Sanierungsvorschläge macht und über die Untere Denkmalschutzbehörde die Eigentümer berät. Um die historischen Ortskerne aufzuwerten, wollen wir dort Bereiche identifizieren, die sich als Sanierungsgebiete in den Außenbezirken eignen (wie dies z.B. in Teilen Frankfurts und Steinheim geschehen ist). Das Potenzial ist zu ermitteln, die Gebiete sollen genau umrissen werden.

Über einen jeweiligen Bebauungsplan wird die interpretierende Definition eines reinen Wohngebietes nicht weiter verfolgt zu Gunsten einer gewerblichen Mischnutzung eines Kerngebietes. Einzelhandel und kleine Betriebe sollen wieder Einzug in die historischen Ortskerne finden.

Im Sinne einer Belebung der kulturellen Begegnung wird darauf hingewirkt, dass die Rasenhochflächen des Kurhessenplatzes und des Bürgerplatzes, auch über Teilniederlegung mit Hilfe der Ortsinitiativen, nutzbar gemacht werden. Beginnen werden wir mit dem Dalles in Bürgel.

Die Einzelhandelsstruktur wird analog der an anderer Stelle beschriebenen Quartiersförderung gefördert. Im Stadtplanungsamt angestoßene Untersuchungsverfahren werden unter Einbindung von sachkundigen Anwohner der betroffenen Gebiete wieder aufgenommen und abschließend fortgeführt. Die Ergebnisse werden mit dem Masterplan zusammengeführt und entsprechend umgesetzt und fortentwickelt.

Im Rahmen der Idee, die historischen Ortskerne erfahrbar zu machen, wollen wir nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit dem Regionalverband, der Regionalpark GmbH oder weiteren Dritten eine Bootsanlegestelle in Rumpenheim einrichten (wie diese in Hanau am Schloss bereits existiert).

Schlosspark Rumpenheim

Der Schlosspark ist ein Kleinod und sehr beliebt - besonders Pflege und Gestaltung wollen wir intensivieren. Dazu werden wir prioritär die bereits beschlossenen Gestaltungsmaßnahmen im Park (z.B. Weg zu Zarenlinde usw.) auch zügig umsetzen.

Des Weiteren wollen wir eine angemessene Pflege sicherstellen. Dazu wird in Kooperation mit der Bürgerinitiative Rumpenheim durch die beteiligten Ämter und den Eigenbetrieb ein Konzept zu Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen erarbeitet und umgesetzt.

Gewerbeflächenmarketing

Zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Offenbach wird ein ganzheitliches Gewerbeflächenmarketing implementiert. Das Amt für Wirtschaftsförderung ist hierzu personell und vom Aufgabenbereich her strukturell und personell neu aufzustellen. Mit Hilfe des Gewerbeflächenmarketings soll der Gewerbestandort Offenbach profiliert und vermarktet werden. Hierfür wird in einem ersten Schritt eine Konzeption erarbeitet. Eine Umsetzung von darin empfohlenen Maßnahmen erfolgt im Konsens zwischen den Koalitionspartnern.

Wir streben eine flächendeckende Breitbandversorgung der Stadt und insbesondere ihrer Gewerbegebiete an.

Offenbach als europäische Stadt: urban, kompakt, grün

Das Modell der „Europäischen Stadt“ wird ein Leitbild für die Stadtentwicklung in Offenbach sein: urban, kompakt, grün. Wir wollen die Lebens- und Standortqualitäten Offenbachs und seiner Stadtteile tiefgreifend und dauerhaft steigern. Als Richtschnur dient uns dabei der Grundsatz der Nachhaltigkeit.

Die Innenstadt werden wir als Wirtschafts-, Wohn- und Kulturzentrum weiterentwickeln. Dabei streben wir eine hohe Aufenthaltsqualität für alle an, die Einkaufskunden, Besucher und Bewohner zum Verweilen einlädt. Erfolgsfaktoren sind für uns ein attraktives Geschäfts- und Warenangebot, gepaart mit einer qualitativ hochwertigen Gastronomie. Dazu gehört sowohl in der Innenstadt als auch in Offenbacher Quartieren ein attraktiver öffentlicher Raum mit ansprechender und gepflegter Stadtmöblierung (Kunst, Brunnen, Beleuchtung, Sitzgelegenheiten) einschließlich sauberer Grünanlagen und Bäumen an Straßen und Plätzen sowie autofreie Zonen und für Kinder mehr bespielbarer Raum. Die Öffnung der Schulhöfe sehen wir als einen ersten Schritt für die Erreichung dieses Ziels an. Funktionierendes soll dabei nicht zwangsläufig ausgetauscht werden und die

Folgekosten bleiben im Blick. Auch muss möglich bleiben, sich in der Innenstadt sowie in den Quartieren aufzuhalten und Freiräume sowie Plätze zu nutzen ohne zu konsumieren. Wir fördern kulturelle Angebote im Alltag und werden prüfen, welche Maßnahmen an welchen Orten und Plätzen geeignet sind, um den Besuch der Innenstadt zu einem positiven „Aufenthaltserlebnis“ zu machen.

Wir werden die bestehenden Veranstaltungskonzepte für die Innenstadt überarbeiten und in einem Konzept zusammenführen. Ziel ist eine Qualitätssteigerung der Feste bei gleichzeitiger maximal möglicher Vielfalt, um eine Teilhabe aller Offenbacher zu ermöglichen.

Stadtteilbezogene Feste und kulturelle Angebote werden wir ebenfalls fördern.

Leer stehende Gebäude sollen im ganzen Stadtgebiet sinnvoll zwischengenutzt werden.

Im Rahmen eines Konzeptes zur Aufwertung der Innenstadt wollen wir mit Hilfe des Planungsrechts in A-Lagen gegen die Ansiedlung von Postenwarenhops (1-Euro-Läden), Wettbüros u. ä. vorgehen. Daneben soll das Konzept auch Maßnahmen gegen den Wildwuchs von Werbeschildern an Fassaden, ‚Kundenstoppern‘ auf den Fußwegen und Ramschauslagen entwickeln. Weiteres Ziel ist eine durchgängig behindertengerechte Nutzung.

Ein Lichtkonzept soll Quartiersbesonderheiten und Energieeffizienz berücksichtigen und helfen, „Angsträume“ zu entschärfen.

Wir werden prüfen, an welchen Stellen des Stadtgebietes öffentliche Trinkwasserbrunnen sinnvoll und ohne viel Aufwand realisiert werden können.

Baugenehmigungen

Wir wollen Baugenehmigungsverfahren deutlich beschleunigen und damit langfristig eine Spitzenposition in der Kundenfreundlichkeit einnehmen und Kosten sparen. Um dies zu erreichen, führen wir insbesondere eine Digitalisierung des Verfahrens ein. Hierzu ist die Bauaufsichtsbehörde technisch angemessen auszustatten und das Personal vor Inbetriebnahme der neuen Software ausreichend zu schulen. Idealerweise werden Anknüpfungspunkte zur generellen Digitalisierung von Verwaltungsabläufen geprüft. Diese soll aber einer Einführung einer E-Bauakte nicht hinderlich sein. Wir setzen uns für die umgehende Eingangsprüfung von Bauantragsunterlagen ein.

Das Bauarchiv wird digitalisiert. Es ist hinreichend Personal zu stellen, um die langfristige Entlastung der Behörde ohne zusätzliche Belastung der Mitarbeiter durchführen zu können. Die vereinbarte Organisationsuntersuchung soll als eine Grundlage zur Verbesserung der Baugenehmigungsverfahren dienen.

Qualität der Bebauung

Wir möchten im Bauträrgeschäft eine hochwertige Bebauung. Das kann erreicht werden durch Festlegungen im Bebauungsplan, beispielsweise hinsichtlich der energetischen Standards, der Aufenthaltsqualität im Außenbereich oder der Bausubstanz. Dafür setzen wir uns ein.

Wir werden eine umfassende Gestaltungssatzung erarbeiten, die die Bebauung mit der Fassaden- und Gestaltungssatzung abstimmt – für eine Innenstadt aus einem Guss. In der Fassadensatzung sollen Anreize geschaffen werden, die historisch vorgegebenen Merkmale einer Fassade möglichst bis in den Erdgeschossbereich wieder einheitlich zum Vorschein zu bringen.

Ein Gestaltungsbeirat für Offenbach soll in Zusammenarbeit mit dem Denkmalbeirat und der Stadtverwaltung die Maßnahmen und Bauvorhaben begleiten. Dem Beirat gehören u. a. sachkundige Bürgerinnen und Bürger sowie unabhängige Expertinnen und Experten an.

Die Vernetzung zwischen den Ämtern sowie zwischen Ämtern und Stadtgesellschaften soll u. a. durch bessere Transparenz bei den Arbeitsabläufen verbessert werden.

Quartiere

Wir unterstützen und fördern Menschen im Quartier, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen einbringen: Anwohner, Ladenmieter, Grundeigentümer. Damit gewährleisten wir eine quartiersbezogene Bürgerbeteiligung. Wir werden offene und professionell arbeitende Stadtteilbüros fördern, die eine maximale Bandbreite an Menschen anziehen und die Vielfalt der Offenbacher Bürgerinnen und Bürger widerspiegeln.

Das Quartiersmanagement muss überparteilich erfolgen.

Für die Stadtteilbüros in den Quartieren werden wir ein regelmäßiges (jährliches) Berichtswesen in Bezug auf Aktivitäten, Ziele und Effizienz einführen.

Unser Ziel ist eine bessere Identifikation der Anwohner mit ihrem Quartier, die dazu führt, dass Bürgerinnen und Bürger selbst auf ihr Quartier aufpassen. Wir streben besonders in den Vierteln rund um die Innenstadt eine bessere Durchmischung an, u. a. durch Räume und Aktivitäten, die von Anwohnern über ihr Quartier hinaus wahrgenommen werden.

Wir werden den lokalen Einzelhandel in den Stadtteilen und Quartieren nach Möglichkeit unterstützen.

Wir unterstützen Projekte des Urban Gardening auf dem Stadtgebiet als Zwischennutzung. Für Verstetigungen und langfristige Projekte gilt es, zwischen dem sozialen und ökologischen Mehrwert des Projekts und der Konkurrenz zu alternativen Nutzungen und Angeboten abzuwägen.

Wohnungsbau

Selbstverständlich werden wir bei Neubau- und Verdichtungsvorhaben darauf achten, dass ein sozial ausgewogenes, kinderfreundliches Wohnumfeld geschaffen wird. Dieses ist durch qualitativ hochwertige und energieeffiziente Wohntypen für die Bedarfe unterschiedlichster Nutzer unter Berücksichtigung der Wohnungspolitischen Leitlinien gekennzeichnet.

Öffentlich geförderter Wohnungsbau des Landes Hessen soll in Anspruch genommen werden. Hierbei werden wir darauf achten, dass kleinere und überschaubare Einheiten entstehen. Besonders bei Wohnbauprojekten der GBO und bei großen Bauträgern werden wir auf einen Anteil von bis zu 30% geförderten Wohnungsbau achten, bei kleineren und nichtöffentlichen Bauvorhaben wollen wir diesen durch entsprechende Vorgaben anstreben, um besonders für Familien mit Kindern und Senioren bezahlbaren und größengerechten Wohnraum zu schaffen.

Wir werden den Wohnraum der GBO als gemeinnützigen Mietwohnungsbau erhalten und für entsprechende Neuvorhaben der GBO bei gleicher Eignung bevorzugt den Zuschlag für die Entwicklung geben.

Im Sinne der Inklusion und für seniorengerechtes Wohnen werden wir zudem darauf achten, dass barrierefreie Wohnungen geschaffen werden.

Mehrgenerationenwohnen, auch im Rahmen privater Initiativen, und genossenschaftliches Bauen und Wohnen wollen wir fördern, z. B. indem bei einer Flächenvergabe solche Initiativen bevorzugt berücksichtigt werden.

Spielplätze

Öffentliche Spielplätze haben für Kinder und junge Familien einen hohen Freizeitwert und fördern die gesunde physische Entwicklung der Kinder. Öffentliche Spielplätze sollen deshalb erhalten und aufgewertet werden. Anwohner oder Eltern von spielenden Kindern sollen als Spielplatzpaten gefördert werden. Die Koordination soll durch den Ehrenamtsbeauftragten erfolgen.

Bei Neueinrichtung von Spielplätzen kann geprüft werden, ob gleichzeitig Fitness-Einrichtungen für Jugendliche erstellt werden können. Auch Parkanlagen können durch Fitness-Einrichtungen aufgewertet werden. Die Finanzierung solcher Einrichtungen soll aber nur über private Zuwendungen erfolgen.

Der Spielplatzrahmenplan soll weiter umgesetzt werden. Zu prüfen ist dabei, ob sich aufgrund neuer Wohnbebauung und -gebiete die Prioritäten verschieben.

Mobilität und Verkehr

Wir wollen die Erreichbarkeit (inner-)städtischer Ziele weiter verbessern und die Bewegungsfreiheit für alle Bürgerinnen und Bürger fördern – unabhängig davon welche Art von Verkehrsmittel sie bevorzugen.

Eine moderne, integrierte Verkehrspolitik ist nicht einseitig ausgerichtet, sondern fördert alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt und bringt Mobilität und Umweltschutz bestmöglich in Einklang. Als Basis für eine für alle Verkehrsteilnehmer zufriedenstellende Mobilität werden wir ein professionell erarbeitetes Nahmobilitätskonzept erstellen, das den Autoverkehr einbezieht.

Gleichfalls muss eine moderne Verkehrspolitik die wachsende Bevölkerung, ihr Bedürfnis nach differenzierten und kombinierbaren Mobilitätsangeboten (wie Carsharing, Jobticket, Fahrradleihsystemen) und die freie Wahl des von ihr gewünschten Verkehrsmittels berücksichtigen.

Mobilitätsmanagement

Mit einem integrierten, vielfältigen und zielgerichteten Mobilitätsmanagement wollen wir einen barrierefreien, für alle Verkehrsteilnehmer sicheren und zügig fließenden Verkehr ermöglichen. Dies stärkt nicht nur die Mobilität in der Stadt, es entlastet zudem die Umwelt und die Anwohner. In einem weiteren Schritt entwickeln wir eine Verkehrsmarketingstrategie, die sich auf die gute Erreichbarkeit der Innenstadt konzentriert.

Deshalb werden wir prüfen, wo sich an Ampeln eine „Grüne Welle“ ohne Nachteile für die Verkehrssicherheit und Lärmbelastung einführen lässt. Den Verkehrsfluss nur hindernde sogenannte „Pfortnerampeln“ werden auf ihre Notwendigkeit überprüft. Gegebenenfalls nicht unbedingt notwendige Ampeln werden wir abschalten/abbauen oder durch Anforderungs- und Ersatzampeln ersetzen.

Ursachen für Staus werden untersucht und mit einem integrierten Maßnahmenkonzept zur Entlastung des Straßenverkehrs bekämpft. Dazu können neben Maßnahmen des Mobilitätsmanagements und modernen Nahmobilitätskonzepten im Einzelfall auch Straßenergänzungen und, wenn möglich, zusätzliche Abbiegespuren gehören, sofern deren Einrichtung ohne Einschränkung anderer Verkehrsteilnehmer möglich ist (z. B. am Karl Carstens Platz).

Tempo 30

Wir stehen vor der Aufgabe, bei insgesamt steigendem Verkehrsaufkommen und erhöhter Mobilität für eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur sorgen zu müssen. Da die Erweiterungsmöglichkeiten schon aufgrund der zur Verfügung stehenden knappen räumlichen Ressourcen begrenzt sind, muss mit Geschwindigkeitsbeschränkungen besonders sensibel umgegangen werden. Abschnittsweise kann Tempo 30 auch auf Hauptverkehrsstraßen eine Option sein, da eine reduzierte Geschwindigkeit die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer erhöht. Zudem kann sie positiv auf einen gleichmäßigen Verkehrsfluss wirken. Dies wollen wir daher im Einzelfall testen. Die Verkehrskommission ist in die Entscheidungen einzubinden.

Im Lärmaktionsplan und im Luftreinhalteplan festgesetzte Maßnahmen, wie Tempo 30 in der gesetzlichen Nachtzeit auf hochbelasteten Strecken zum Schutze der Anwohner, setzen wir um.

Der Bundesgesetzgeber ermöglicht eine erleichterte Einführung von Tempo 30, dort wo es sinnvoll erscheint, etwa an Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Seniorenheimen und anderen sozialen Einrichtungen. Es ist für uns selbstverständlich, diese Möglichkeiten unter Einbeziehung der Verkehrskommission zu prüfen.

Innenstadt

Die Erreichbarkeit der Innenstadt aus allen Richtungen und den Stadtteilen muss für alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen gewährleistet sein.

Offenbach hat eine seiner Einwohnerzahl angemessene Fußgängerzone. Fahrverbote in der Fußgängerzone sind strikter zu überprüfen. Verstöße sind konsequent zu ahnden.

Die Verkehrsströme, insbesondere im Bereich Marktplatz/Wilhelmsplatz, sollen besser und für alle Verkehrsteilnehmer sicherer organisiert werden. Einen Beitrag hierzu leisten Shared-Space-Bereiche, die im Gegensatz zu Fußgängerzonen für alle Verkehrsteilnehmer – auch Autos – offen sind und durch ihre besondere Gestaltung die gegenseitige Rücksichtnahme fördern und gleichzeitig die Aufenthaltsqualität steigern.

Mainzer Ring

Es wird geprüft, ob, wie und zu welchen Kosten der Mainzer Ring, wie im Masterplan vorgeschlagen, mit begleitenden Radwegen bis zur Mainstraße weitergeführt werden kann. Mit einem vollständigen Ausbau des Mainzer Rings wird eine dauerhafte Entlastung Bürgels vom Durchgangsverkehr erreicht.

Straßensanierung

Der Sanierungsbedarf der Offenbacher Hauptstraßen und Radwege ist enorm. Seit Jahren wird immer nur dort geflickt, wo es unabdingbar notwendig ist. Die Verkehrssicherheit ist nicht mehr durchgehend gewährleistet, der Wert des Straßen- Rad- und Fußwegenetzes verfällt. Wir wollen durch den sinnvollen, gezielten Einsatz ausreichender finanzieller Mittel dem Verfall Offenbacher

Straßen und Wege entgegenwirken. Grundsätzlich gilt: Sanierung geht vor Neubau. Das gilt für Straßen, Fuß- und Radwege gleichermaßen. Straßen- und Wegesanierung dient nicht nur dem motorisierten Verkehr, sondern bedeutet auch Schutz für Radfahrer und Fußgänger.

Parkplätze

Offenbach muss als Einkaufs- und Erlebnisstadt noch attraktiver werden. Dazu gehören neben einem hochwertigeren Warenangebot und hoher Aufenthaltsqualität u.a. auch ausreichend dimensionierter Parkraum für die Verkehrsmittel aller Besucher und Anwohner in der Innenstadt. Deshalb soll ein neues Parkraumbewirtschaftungskonzept erarbeitet werden, das die Interessen der Besucher und Anwohner der Innenstadt berücksichtigt, und die Innenstadt als Einkaufsstandort stärkt.

Die Stellplatzablässe soll § 44 Absatz 2 HBO folgend sowohl für Bau und Unterhalt von Anlagen des ruhenden Pkw-Verkehrs (Ersatzparkplätze) als auch investive Maßnahmen des ÖPNVs und des Radverkehrs dienen.

Die Parkgebühren sind im Vergleich mit anderen kreisfreien Städten und unter Beachtung der Schutzschirmvorgaben so festzusetzen und zu staffeln, dass sie den Einkaufsstandort Innenstadt stärken.

Gleichzeitig gilt es, den knappen öffentlichen Raum zu schützen, um die Aufenthaltsqualität für Bewohner und Besucher zu steigern. Wir werden deshalb prüfen, ob in den hoch verdichteten innerstädtischen Stadtbezirken der erforderliche Parkraum für die Anwohner durch frei finanzierte Quartiersgaragen (bspw. Mittelseestraße und Ziegelstraße) geschaffen werden kann, die den städtischen Haushalt nicht belasten dürfen.

In Zusammenhang mit der Parkraumbewirtschaftung werden wir das kostenlose Kurzzeitparken in der Innenstadt einführen und auf 20 Minuten festsetzen.

Wir werden prüfen, wo in Offenbach durch Schrägparken statt Längsparken Raum gewonnen werden kann für weitere Parkplätze, neue Fahrradabstellplätze und zusätzliches Grün.

Wir wollen zur Vermeidung von Parksuchverkehr dafür werben, dass alle Parkhäuser und großen Stellflächen an das Parkleitsystem angeschlossen werden.

Weitere dynamische Hinweisschilder sollen den Verkehr frühzeitig auf freie Parkmöglichkeiten hinweisen und nicht erst im zentralen Innenstadtbereich.

Im gleichen Zuge werden wir in diesen dicht besiedelten Quartieren einen nennenswerten Teil des zum Beispiel durch Quartiersgaragen frei werdenden öffentlichen Raums für die Einrichtung von Fahrradabstellanlagen im Straßenraum oder für die Pflanzung von Bäumen nutzen.

Zur Stärkung des Einkaufsstandorts Innenstadt ist ein Konzept für weitere Fahrradabstellanlagen zu erarbeiten und umzusetzen, ebenso die Erstellung eines Konzeptes für Park- & Ride-Plätze in den Außenbereichen.

ÖPNV

Um attraktiv zu sein und mehr Nutzer anzuziehen, muss der öffentliche Personennahverkehr schnell und sauber, bequem, leistungsfähig, barrierefrei zugänglich und pünktlich sein – und das zu

vernünftigen Preisen. Die anerkannt nutzerfreundlichen Standards des Offenbacher Nahverkehrs werden wir weiter fördern und ausbauen.

Grundlage des Nahverkehrs in Offenbach ist die Aufstellung des gesetzlich vorgeschriebenen Nahverkehrsplans. Ein gutes und günstiges Nahverkehrsangebot mit ausreichenden Linien und verbesserter Taktung am Morgen und am Abend sind in Verbindung mit Jobtickets und Mobilitätsmanagement das beste Mittel, um angesichts der wachsenden Zahl an Menschen und Autos den Verkehrsfluss aufrechtzuerhalten und Staus entgegenzuwirken.

Wir streben eine Neuordnung der Tarifzonen im Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) an.

Wir wollen in Zusammenarbeit mit dem RMV erreichen, dass in Offenbach künftig nur noch für die tatsächlich gefahrene Strecke gezahlt wird. Dies soll zum Beispiel durch die Einführung des „elektronischen Fahrscheins“ – für alle Nutzer uneingeschränkt – zum frühestmöglichen Zeitpunkt ermöglicht werden. Damit wird auch Busfahren in vielen Fällen preiswerter und attraktiver. Es gilt für uns der Grundsatz: keine Strecke soll teurer werden. Die Einführung eines Sozialtickets und dessen Finanzierung prüfen wir.

Aufgrund der immer weiter steigenden Bedeutung und Nutzung von Smartphones soll der Nahverkehr in Offenbach über ein kostenfreies W-LAN Angebot innerhalb des Busnetzes verfügen.

Der barrierefreie Ausbau der Bushaltestellen ist zügig voran zu treiben. Wir wollen umgehend ein Konzept zur Förderung der Nahmobilität unter Einbeziehung des Autoverkehrs auf den Weg bringen.

Die Offenbacher Innenstadt muss mit dem ÖPNV besser erreichbar sein. Gerade von Frankfurt aus. Gemeinsam mit Frankfurt und dem RMV wollen wir Lösungen erarbeiten, wie wir Fechenheim und vor allem Oberrad besser an Offenbach anbinden.

Für den RMV fordern wir die Einführung einer Malus-Regelung, mit der Kunden bei Verspätungen ohne viel Bürokratie Entschädigungszahlungen erhalten.

Der Hauptbahnhof soll wiederbelebt werden. Barrierefreie Nutzung und zusätzliche Zugverbindungen sind dafür zentrale Voraussetzungen wie auch eine gute Gastronomie, ein Kiosk oder Räume für Kunst- und Kulturschaffende, die zusätzlich Attraktivität schaffen. Darüber werden wir intensiv mit der Deutschen Bahn AG sprechen. Wir werden auch prüfen, ob das Bahnhofsareal als Sanierungsgebiet ausgewiesen werden kann.

Radverkehr

Wir wollen den Radverkehr fördern und den Ausbau des Radwegenetzes vorantreiben. Dies soll im Einklang mit allen anderen Verkehrsteilnehmern erfolgen. Durch den Ausbau des Radwegenetzes werden Straßen entlastet und wird Platz für den unumgänglichen Wirtschaftsverkehr geschaffen. Das bestehende Radwegenetz soll deshalb sinnvoll ergänzt werden. Es muss darüber hinaus angemessen gestaltet, erhalten und gepflegt werden. Mögliche Gefahrenpunkte an Knotenpunkten oder Einbahnstraßen sollen durch geeignete Markierungen (z.B. rotes Band) entschärft werden, um Konflikte zwischen den Verkehrsteilnehmern zu vermeiden.

In begründeten Einzelfällen ist die Realisierbarkeit des gegenläufigen Radverkehrs in Einbahnstraßen individuell und fachlich unabhängig zu überprüfen.

Gleiches gilt für eine möglicherweise notwendige Umsetzung von Parkraum auf einer Straßenseite bei einer Öffnung für den Radverkehr wichtiger Verbindungen (jeweils unter Einbindung der Verkehrskommission und der Anwohner).

Es wird für Radfahrer leichter gemacht, die Stadtmitte mit dem Fahrrad zu erreichen bzw. zu durchqueren. Daher wollen wir in Zusammenarbeit mit der Verkehrskommission prüfen, wie Radfahrer auf für sie reservierten Routen, möglichst ohne Stopp, auf bevorzugten Straßen oder Wegen in Nord-Süd Richtung als auch in Ost-West Richtung die Stadt durchqueren können. Hierzu wird ein stadtweites Radroutennetz festgelegt und ausgeschildert (Fördermittel).

Gleichzeitig sollen Offenbacher Radwege auch an überregionale Raddirektverbindungen angeschlossen werden.

Unser Ziel ist nicht eine Verkehrsmengenerhöhung, sondern eine bessere Steuerung des Verkehrsaufkommens, eine bessere Verteilung auf diverse Verkehrsmittel und damit eine Entlastung der Straßen und leichtere Erreichbarkeit der Innenstadt. Wenn das Radfahren erleichtert wird, dann fördert dies auch die Sicherheit und Nutzung des Fahrrades.

Vorhandene Abstellplätze für Fahrräder sind im ganzen Stadtgebiet auszubauen, an geeigneten Stellen sind Neue zu schaffen und auch Parkhäuser für Fahrräder in Angriff zu nehmen. Alle diese Lokalitäten sollen mit Ladestationen für E-Räder ausgerüstet werden. Abschließbare Fahrradboxen sollen in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen, dies gilt auch für Wohnhäuser. Bei den großen Wohnungsgesellschaften werden wir hierfür werben.

Fußgänger

Hauptstraßenquerungen sollen für Fußgänger und insbesondere für Kinder, Senioren und mobilitätseingeschränkte Personen sicherer werden. Eine Möglichkeit ist eine auf die Bedürfnisse dieser Gruppen angepassten Ampelbedienung,

Bei Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten von Fußwegen sind bestehende Barrieren abzubauen.

In Straßen oder Straßenabschnitten, die sehr häufig von Fußgängern gequert werden müssen oder die neben der Verkehrsfunktion auch eine hohe Aufenthaltsfunktion haben, so z.B. vor Schulen, Altersheimen, Kindertagesstätten, öffentlichen Gebäuden, soll die Einführung von Spielstraßen oder verkehrsberuhigten Zonen geprüft und unter bürgerschaftlicher Beteiligung der Anwohner und Anlieger entsprechend umgesetzt werden. Bei der Gestaltung setzen wir dabei auf kostengünstige Maßnahmen, beispielsweise Markierungen auf der Straße, Anordnungen von öffentlichen Beeten oder versetztem Parken.

E-Mobilität

Die verkehrsmittelübergreifende Elektromobilität ist ein wichtiger Baustein der städtischen Bemühungen zur Luftreinhaltung sowie zum Lärm- und Klimaschutz. Die laufenden städtischen Projekte in diesem Bereich werden unter Ausschöpfung aller verfügbaren Fördermöglichkeiten weiter verfolgt. Die Verbesserung der Infrastruktur in diesem Bereich, insbesondere die Einrichtung einer ausreichenden Ladeinfrastruktur und der Ausbau des Verleih-Stationsnetzes, sind unser Ziel.

Bürgerbeteiligung

Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger verstärkt in Entwicklungs- und Diskussionsprozesse einbezogen werden, denn die Verwaltung ist für den Bürger da und nicht umgekehrt. Für die Koalition ist es selbstverständlich, dass die politisch Verantwortlichen die Bürgerinnen und Bürger vor wichtigen Entscheidungen umfassend informieren, damit sie bei Entscheidungen mitreden und an gesellschaftlichen Prozessen teilnehmen können. Gerade unsere buntgemischte Stadtgesellschaft mit ihren Bildungs-, Erfahrungs- und Herkunftsunterschieden braucht entsprechend vielfältige Formen der Beteiligung, die der Realität unserer Stadt gerecht werden.

Die Koalition wird daher einen offenen Beteiligungsprozess anstoßen, an dessen Ende eine Richtlinie für Bürgerbeteiligung steht, die Einsatz und Formen von Bürgerbeteiligung in Offenbach regelt. Hier können auch neue, geeignete Beteiligungsformen und -foren wie z.B. Planungszellen und Zukunftswerkstätte Eingang finden. Die Richtlinie soll auch Regelungen für Transparenz enthalten, sodass sich Bürgerinnen und Bürger leicht und zielgenau über Verwaltungsprozesse informieren können. Eine Evaluation der Bürgerbeteiligung könnte mittels der Erhebung einer lokalen Demokratiebilanz erfolgen.

Wenn Bürgerbeteiligung stattfindet, ist es uns wichtig, dass stets auch die UN-Behindertenrechtskonvention und ihr Motto „Nicht über uns ohne uns“ beachtet werden. Kommt Bürgerbeteiligung zum Einsatz, ist es für uns selbstverständlich, dass allen Beteiligten der Finanz- und Rechtsrahmen bekannt und bewusst gemacht wird.

In Form eines „Ermöglichungsbüros“ wollen wir zudem eine Schnittstelle zwischen den guten Ideen der Bürgerinnen und Bürger für die Entwicklung unserer Stadt und der Verwaltung schaffen. Mit der Betreuung und Entwicklung dieser Schnittstelle wird ein ehrenamtliches Magistratsmitglied betraut.

Teilhabe

Das Quartiersmanagement als Beteiligungsmöglichkeit nah an den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir nach Möglichkeit weiter ausbauen. Regelmäßige Informationsangebote und Veranstaltungen mit Akteuren der Verwaltung in den Stadtteilen verbessern die Kommunikation, bürgerfreundliche Sprechzeiten auch außerhalb der gängigen Berufszeiten erleichtern den Zugang. Wir werden darauf achten, dass auch Menschen mit wenig Sprachkenntnissen oder geringer Bildung daran teilnehmen und ihre Interessen einbringen können.

Alle Menschen sollen sich ohne Barrieren in unserer Stadt bewegen können. Deshalb achten wir auf Barrierefreiheit bei Maßnahmen im gesamten öffentlichen Raum, an Schulen, bei Veranstaltungen, im Fußgänger- und Straßenverkehr usw., bei Sanierungs- und Gestaltungsarbeiten an Gebäuden, im Verkehr. Außerdem streben wir an, mehr Angebote für ambulante Hilfe und barrierefreie Wohnformen zu ermöglichen.

Wichtige Formulare und Verwaltungstexte sollen nach Möglichkeit in einfacher Sprache vorgehalten/erstellt werden.

Beteiligung 2.0

Die Entwicklungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichen es, die Bürgerinnen und Bürger umfassender zu informieren und viele Dienstleistungen einfacher und schneller zu erbringen. Diese Chancen werden wir nutzen. Eine umfassende IT-Strategie soll alle

Aktivitäten der Stadt in diesem Bereich in den Blick nehmen und sinnvoll ordnen. Es ist zu prüfen, ob hierzu die personellen Kompetenzen in der Verwaltung ausgebaut werden müssen.

Im Bereich Verbraucherschutz streben wir die Schaffung einer virtuellen Anlaufstelle an.

Im Rahmen der Internetpräsenz unserer Stadt wollen wir eine umfassende Information und Präsentation der Stadt und aller gesellschaftlich relevanten Themen und Gruppierungen gewährleisten.

Um allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu diesen Dienstleistungen zu ermöglichen, streben wir an, frei zugängliches W-LAN, also Hotspots, zu schaffen.

Die Stadtverordnetenversammlung näher zu den Menschen bringen

Wir wollen, dass die Arbeit der Stadtverordnetenversammlung transparenter und für die Bürgerinnen und Bürger verständlicher wird. Deshalb werden wir in Abstimmung mit dem Stadtverordnetenvorsteher das Informationsangebot der Stadtverordnetenversammlung im Internet ausbauen. Wir wollen die Übertragung der Plenarsitzungen der Stadtverordnetenversammlung im Internet prüfen. Unser Ziel ist, dass die Stadtverordnetenversammlung näher an die Bürgerinnen und Bürger rückt.

Wir werden gemeinsam mit allen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung prüfen, wie dem Kinder- und Jugendparlament stärkeres Gehör verschafft werden kann.

Bürgernahe Verwaltung

Wir wollen eine effiziente und bürgernahe Verwaltung, die Wünsche und Anliegen der Bürger ernst nimmt und sie im Rathaus willkommen heißt.

Die wichtigste Schnittstelle zwischen Bürgern und Verwaltung ist das Bürgerbüro. Dieses wollen wir stärken. Ziel ist es, die Dienstleistungen, die vor Ort im Bürgerbüro angeboten werden, auszuweiten. Denkbar sind beispielsweise das kommunale Steuer- und Finanzwesen, das Standesamtswesen (z.B. Urkunden, Geburtenanzeigen usw.), Teile des Sozialwesens (z. B. Ermäßigungsausweise, Befreiung von Rundfunkgebühren), Wohnberechtigungsscheine, Antragsabgabe Wohngeld, Ausländerangelegenheiten, Umweltangelegenheiten sowie Beglaubigungen/Ortsgerichtsfunktion (letztere räumlich). Dies bedarf einer eingehenden Prüfung, die wir durchführen werden.

Bürgernahe Verwaltung bedeutet heutzutage aber auch, den Bürgern über einen erweiterten Online-Service möglichst viele Behördengänge zu ersparen. Wir schaffen ein Portal „Mein Offenbach“, das etwa das komplette Meldewesen, das Abholen von Sperrgut und anderen Abfällen bis hin zur Reservierung von Kindergartenplätzen ein breites Angebot integriert. Die Nutzer erhalten dann. z.B. nach Anmeldung von Sperrgut, nach Bearbeitung in Echtzeit ihre Bestätigung in ihr Dokumentensafe. Nach einmaliger Registrierung können zudem alle Daten vorausgefüllt werden. Auch Bauanträge sollen online eingereicht werden können. Zusammen mit dem kommunalen Rechenzentrum ekom21 sollten die dort vorhanden Module und erprobten Systeme für internetgestützte Dienstleistungen genutzt werden (etwa auch Bezahlssysteme bei Ordnungswidrigkeiten). Im Rahmen des Programms „Digitale Verwaltung 2020“ wollen wir eine Vernetzung auch mit anderen Behörden, etwa der Online-Antragstellung für Führungszeugnisse beim Bundesamt für Justiz u. ä. herstellen. Damit sparen wir bürokratischen Aufwand. Wir werden prüfen, ob wir als Anreiz, Online-Dienstleistungen zu nutzen, für diese reduzierte Gebühren anbieten.

Die Behördennummer 115 wollen wir weiter bekannt machen.

Wir fördern die eAkte als wichtiges Werkzeug für die Verwaltung und nutzen die Vorteile für einen besseren Service für den Bürger und für eine moderne Verwaltung.

Wir setzen uns dafür ein, dass Daten, die mit Hilfe von Steuergeldern erhoben werden, nach Möglichkeit mit freien Lizenzen versehen und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden (Open Data). Wir prüfen hierzu, ob sich Offenbach an dem bundesweiten Projekt „German Data“ beteiligen soll und die Datensätze dort veröffentlicht werden können. Durch den freien Zugang und Verwendung der Daten, können Unternehmen die Daten in eigenen Projekten und Applikationen einsetzen. Das stellt eine erhebliche Erleichterung auch für Offenbacher Unternehmen dar und unterstützt die Wirtschaftsförderung bei ihren Aktivitäten.

Innere Verwaltung

Wir streben ein niederschwelliges, unbürokratisches Unterstützungsangebot und eine bessere Bekanntmachung von Beratungsangeboten in der Öffentlichkeit und bei Fachdiensten an.

Wir greifen die Ergebnisse der schon durchgeführten Potenzialanalyse auf und lassen sie in eine Organisationsuntersuchung münden, mit dem Ziel einer effizienteren und bürgerfreundlicheren Verwaltung.

Wir werden dabei prüfen, inwiefern eine Neuorganisation mit zentraler Koordinierungs- und Kontrollfunktion sowohl für die Stadtverwaltung als auch die SOH-Gesellschaften hierzu beitragen kann. Vor notwendigen Änderungen werden wir den intensiven Dialog mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern suchen, um die Änderungen zum Besten aller Beteiligten umzusetzen.

Umwelt und Klimaschutz

Das Amt für Umwelt, Energie und Klimaschutz erfüllt eine Fülle von Aufgaben als Untere Naturschutzbehörde und Untere Wasserbehörde, im Arten-, Altlasten-, Boden- und Immissionsschutz sowie bei Klimaschutz und -anpassung sowie dem Erhalt und der Pflege des Naturschutzgebiets Schultheisweiher und der Umweltbildung. Zudem ist das Amt Geschäftsstelle der AG Fluglärm. Die effiziente Aufgabenerfüllung in diesen Bereichen halten wir für selbstverständlich und unverzichtbar. Wir werden dafür die gleichen finanziellen und personellen Ressourcen im Haushalt vorsehen wie dies in den vergangenen Jahren der Fall war. Dies gilt, bis die auf der Basis der schon durchgeführten Potenzialanalyse aufsetzende Organisationsuntersuchung der gesamten Stadtverwaltung abgeschlossen ist.

Kommunaler Klimaschutz und Klimaanpassung sind als Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung und des Stadtkonzerns anzusehen. Entsprechend werden sie dezernats- und ämterübergreifend bearbeitet und im Sinne der Prävention zunehmender Erwärmung der innerstädtischen Bereiche und steigendem Energiebedarf weiterentwickelt. Die entsprechenden Beratungsangebote werden wir konsequent weiterführen und weitere Partner einbinden.

Bauvorhaben begleitet das Umweltamt und sorgt mit Beratung, Stellungnahmen und Auflagen für die bestmögliche Umsetzung der entsprechenden städtischen Ziele. Es besteht Einvernehmen, dass städtischer Klimaschutz und die qualitätsvolle Entwicklung von Bauvorhaben sowie des öffentlichen Raumes untrennbar miteinander verbunden sind. Dabei wird eng mit den anderen einschlägigen Ämtern zusammengearbeitet. Die steigenden Zahlen von zu bearbeitenden Bauvorhaben führen zu einer Prüfung, ob in diesem Bereich eine weitere halbe Stelle in diesem Amt geschaffen werden muss.

Im Wasser-, Boden-, Natur- und Artenschutz werden die im vom Umweltamt vorgelegten Konzept ‚Mensch und Natur‘ dargestellten Leitlinien und Maßnahmen sukzessive umgesetzt.

Der Schultheisweiher wird als Badegewässer erhalten.

Alle städtischen Aktivitäten sind einem nachhaltigen Vorgehen im Sinne einer gleichwertigen Gewichtung ökologischer, ökonomischer und sozialer Ziele verpflichtet.

Luftreinhaltung

Die Qualität unserer Luft ist für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger Offenbachs maßgeblich zu verbessern und wir werden gemäß den Festsetzungen des Luftreinhalteplans handeln. Ziel ist es, den bestehenden Luftreinhalteplan fortzuschreiben, sodass schnellstmöglich erforderliche Maßnahmen ergriffen werden, um die Einhaltung der Immissionsgrenzwerte zu erreichen. Wir werden für Verringerungen der Schadstoffe in unserer Luft eng mit dem Hessischen Umweltministerium zusammenarbeiten. Wir werden prüfen welche der im Luftreinhalteplan enthaltenen Maßnahmen wann machbar sind und diese dann Zug um Zug umsetzen.

Zur Reduzierung der Schadstoffbelastung werden wir technologische Innovationen ebenso nutzen wie Projekte zur Einsparung von Energie und Maßnahmen wie Mobilitätsmanagement im Verkehrsbereich. Wir werden die Nutzung regenerativer Energien fördern, ebenso wie den Ausbau der Fernwärme.

Bei der Neuanschaffung städtischer Fahrzeuge und bei der Ausschreibung von Verkehrsdienstleistungen berücksichtigen wir auch den zu erwartenden Schadstoffausstoß.

Grünflächen und Gewässer

Große Verkehrsachsen werden wir verstärkt begrünen, unsere Grünflächen werden besser miteinander vernetzt und besonders im Außenbereich so weit wie möglich erhalten. Bei allen Maßnahmen werden die Folgen bezüglich möglicher Umweltbelastungen berücksichtigt und minimiert, der Steigerung des Anteils an versiegelten Flächen wirken wir entgegen. Bei Neubebauungen und sowie im Rahmen von innerstädtischen Verdichtungsvorhaben werden wir, auch bei privat finanzierten Vorhaben, darauf achten, dass für die Bewohnerinnen und Bewohner nutzbare Anteile von Grünflächen, wie zum Beispiel Gartenflächen, nutzbare Dachbegrünungen oder alternativ neue öffentliche Grünflächen entstehen.

Parks und Grünflächen werden wir konsequent pflegen und aufwerten. Dabei gilt, dass die Finanzierung der Unterhaltung und Instandsetzung vorhandener öffentlicher Grünflächen Vorrang vor der Neuanlage hat. Eingriffe in den Gehölz- und Baumbestand werden vor Ort zeitnah ausgeglichen.

Zur Verbesserung der Pflege der städtischen Grünflächen und Parks (inkl. Kita- und Schulflächen) war der Rahmendienstleistungsvertrag von 2015 bereits ein Schritt in die richtige Richtung. Ziel ist ein verbessertes, nachprüfbares Qualitäts-, Quantitäts- und Beschwerdemanagement, z.B. über die Einführung oder verstärkte Durchführung stichprobenartiger, externer Kontrollen der erbrachten Leistung durch den Auftraggeber sowie eine Anpassung des Leistungsumfangs an die sich im Zeitverlauf eventuell verändernden Erfordernisse (verstärkte Nutzung von Freizeitflächen, Feste).

Aus den Ämtern, die über das jeweilige Fachpersonal verfügen und die letztlich die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, sind Bedienstete abzustellen, die die erbrachten Leistungen in der Grünpflege sowie der Straßenreinigung nach Quantität und Qualität überprüfen. Bei Veränderungen der Flächen, Mehrung oder Minderung, wie z. B. durch Baumaßnahmen oder Umgestaltung, teilt das zuständige Amt dem Stadtdienstleister dies mit und wird im Rahmendienstleistungsvertrag dementsprechend Anpassungen vornehmen. Sonderleistungen sind gesondert zu vergüten. Die Kontrollen sollen im Fall der Inhouse-Vergabe in der gleichen Weise erfolgen wie bei einer Beauftragung externer Firmen. Das Mindestlohngesetz ist einzuhalten. Bei Vergabe an Nachunternehmer / Subunternehmer wird die Leistung stichpunktartig überprüft, zum einen von den Auftragnehmern, zum anderen von den jeweiligen Ämtern.

Wir werden Angebote machen, die das Umweltbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger im Alltag fördern.

Der Erhalt unseres Waldes und dessen nachhaltige Bewirtschaftung sind uns wichtig, eine Zertifizierung nach FSC wird angestrebt.

Die Verbesserung der Wasserqualität des Bieberbachs werden wir durch Weiterführung der Renaturierung bewirken.

Die Einleitung von Abwässern in Gewässer wird konsequent verfolgt und geahndet.

Der Rumpenheimer und Bürgeler Mainbogen soll als Offenbacher Beitrag zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie und im Sinne einer Aufwertung dieses Naherholungsgebietes gestaltet werden. Die benötigten Mittel hierzu sollen aus Fördertöpfen generiert werden können.

Solarenergie und Effizienz

Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden sollen für die Gewinnung von Solarenergie genutzt werden. Dabei werden wir uns der Finanzierung und Umsetzung durch Private bedienen und entsprechende Beratung - auch für Privathäuser - anbieten. Entsprechende Beratungsangebote werden wir weiterführen und im Lichte der Evaluation weiterentwickeln, ggf. mit weiteren Partnern.

Bei kommunalen Neubaumaßnahmen und Schulbausanierungen sind die energetischen gesetzlichen Vorgaben (u. a. EnEV) und EU-Richtlinien zur Energieeffizienz zu beachten. Noch bessere Energiestandards müssen sich daran messen lassen, ob der finanzielle Aufwand in einem wirtschaftlich vertretbaren Verhältnis zum Nutzen steht.

Die Straßenbeleuchtung werden wir sukzessive auf LED-Technik umstellen.

Lärmschutz

Die Koalition wird sich der Aufgabe einer Reduzierung des Verkehrslärms annehmen. Hierzu soll der Offenbacher Lärmaktionsplan umgesetzt und erweitert werden. Neben der Fortschreibung der

konsequenter Verkehrsberuhigung in Wohngebieten und Lärmschutz für Anwohnerinnen und Anwohner auch an Hauptverkehrsstraßen werden wir für Lärmschutzmaßnahmen an der A 661 sowie für den lokalen Bahnlärmschutz eintreten. Hierzu werden wir uns besonders für Offenbacher Anliegen in den jeweils landes- und bundesweiten Lärmaktionsplanungen engagieren.

Die Partner sind sich einig, dass ein fließender Straßenverkehr anstelle von „Stop-and-go“ die Lärm- und Abgasemissionen verringert und damit dem Schutz der Menschen und der Umwelt dient. Lichtsignalanlagen sind dementsprechend abzustimmen.

Die Verbesserung des Lärmschutzes für Anwohner von Durchgangsstraßen ist ein wichtiges Anliegen unserer Arbeit. Gerade die Anwohner der Rhönstraße, der Unteren Grenzstraße und der Mainstraße leiden insbesondere nachts durch den Schwerlastverkehr. Durch eine Tempoanpassung in den Nachtstunden werden wir für Entlastung von Lärm sorgen. Gleiches gilt für die Anwohner des Nordrings, der Arthur-Zitscher-Straße und der Sprendlinger Landstraße.

Aktiver Lärmschutz hat Vorrang vor passiven Schallschutzmaßnahmen. Eine gute Qualität von Fahrbahnoberflächen (insbesondere „Flüsterasphalt“) kann einen Beitrag zur Verminderung von Verkehrslärm (Rollgeräusche) leisten und hat damit einen wichtigen Stellenwert. Wir verweisen auf den Umsetzungsstand im Lärminderungsbericht Offenbach und werden diese Tatsache bei der Deckenerneuerung der Fahrbahnen nutzen. Stark befahrene Straßen wie Untere Grenzstraße oder Mainstraße sind zeitnah zu sanieren und erhalten nach Möglichkeit Fahrbahndecken aus „Flüsterasphalt“.

Neben einem Durchfahrverbot für LKW wird ein LKW-Routenkonzept im Rahmen der Fortschreibung des Verkehrsmanagementplans 2015 erarbeitet.

Weiter ist im Rahmen der Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen durch die Deutsche Bahn für den Lärmschutz Offenbacher Bürgerinnen und Bürger zu werben.

Flughafen

Die Koalition wird weiterhin unbeirrt das Ziel verfolgen, die Bürgerinnen und Bürger Offenbachs vor Fluglärm zu schützen und diesen zu reduzieren. Dafür werden wir in allen zuständigen Gremien konsequent für die in der Offenbacher 10-Punkte-Liste beschlossenen Ziele streiten und politisch wie rechtlich gegen unzumutbaren Lärm über unseren Köpfen vorgehen.

Wir fordern nach wie vor ein echtes Nachtflugverbot von 22:00 - 06:00 Uhr am Frankfurter Flughafen, ebenso eine Deckelung der Zahl der Flugbewegungen.

Der Flughafenbetreiber ist stärker zur Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen heranzuziehen, die dritte Säule des Regionalfonds muss verstetigt und ausgebaut werden.

Neue technische Lösungen beim Landeanflug und bei Starts sind zur Lärminderung über dem Ballungsraum konsequent umzusetzen („steeper approach“, „segmented approach“). Die Zahl der von unzumutbarem Fluglärm betroffenen Menschen muss reduziert werden, dafür muss der Ballungsraum beim Landeanflug umflogen werden. Auch muss das Fluggerät regelhaft den neuesten Standards entsprechen, z. B. bei der vorhandenen Navigationsausrüstung. Die Festsetzung einer echten Lärmobergrenze muss Anreize für „leisere“ Flugzeuge geben.

Schulen, Kindertagesstätten und andere schützenswerte Einrichtungen sind zügig mit besserem Schallschutz zu versehen. Diesbezügliche Sanierungsmaßnahmen müssen ggf. vorgezogen werden.

Soziales, Inklusion und Geschlechtergerechtigkeit

Wir sehen Sozialhilfe als Hilfe zur Selbsthilfe und möchten zielgerichtet fördern UND fordern. In Offenbach leben rund 9.100 Familien von der Grundsicherung für Erwerbslose, das heißt sie erhalten Arbeitslosengeld II („Hartz IV“). Dabei lebt jedes dritte Offenbacher Kind in Armut. Wir wollen das ändern! Um die Beschäftigungssituation in Offenbach zu verbessern, unterstützen wir die bereits angelaufenen Programme zur Eingliederung in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Hier gilt es auch, alleinerziehenden Frauen und Männern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, Teilzeitarbeitsplätze zu fördern und die Kinderbetreuung flexibler zu gestalten. Wir möchten die Industrie- und Handelskammer und die Kreishandwerkerschaft als Partner dafür gewinnen, bei den Ausbildungsbetrieben dafür zu werben, mehr Teilzeitausbildungsplätze für junge Eltern anzubieten.

Die Förderung von (berufsbezogenen) Deutschkursen ist eine wichtige Voraussetzung für Migranten, um qualifizierte Arbeitsplätze zu erhalten und dadurch nachhaltig in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden. Wir stehen für eine Aufstiegs-gesellschaft, in der Jede und Jeder seine Chance selbst ergreifen kann und hierfür entsprechend Leistung und Einsatz erbringen muss.

Jugendliche brauchen eine Perspektive - immer noch sind zu viele junge Menschen ohne Berufsabschluss, sogar ohne Schulabschluss. Die bestehende Schulsozialarbeit soll daher nachhaltig gesichert und nach Möglichkeit ausgebaut werden, um Schulabschlüsse zu gewährleisten und um die Berufswahl zu unterstützen. Die zahlreichen Hilfs- und Förderangebote von Jugendamt, freien Trägern und MainArbeit müssen noch besser verzahnt werden, um eine optimale Beratung und Unterstützung junger Menschen zu gewährleisten.

Viele Menschen haben Hemmungen und Schwierigkeiten im Umgang mit Ämtern, beim Ausfüllen von Formularen und beim Verstehen von Bescheiden. Daher fördern wir das Einführen neutraler ehrenamtlicher Sozialpaten, die hier individuell unterstützen können.

Im Bereich der sozialen Arbeit begrüßen wir eine breite Trägerlandschaft. Der Mix aus kommunalen, kirchlichen und freien sozialen Angeboten sichert einen nachhaltigen Zugang zu den Menschen.

Soziale Beratungsangebote freier Träger wie z.B. die Schuldnerberatung sind eine wichtige Ergänzung zu den städtischen Sozialleistungen. Wir setzen uns dafür ein, dass sie weiter unterstützt werden. Auch die Arbeit von Selbsthilfegruppen wollen wir durch gezielte administrative Hilfen stärken.

Stabile Familienstrukturen sind die beste Voraussetzung für die optimale Entwicklung von Kindern. Die Familienförderung im Rahmen von Partner-, Erziehungs- und Suchtberatung soll daher weiterhin bestehen und nach Möglichkeit ausgebaut werden.

Es soll geprüft werden, wie man die kulturelle und soziale Teilhabe von SGB II –Bezieherinnen und Beziehern verbessern könnte.

Inklusion

Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe in unserer Stadt. Menschen mit Beeinträchtigungen sollen die Möglichkeit haben, in vollem Umfang am sozialen Leben teilzunehmen. Daher gilt es in allen Bereichen der Stadtgesellschaft und der öffentlichen Verwaltung die Nachteile für beeinträchtigte Menschen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention zu beseitigen. Hierzu ist es nötig, die Erstellung des kommunalen Aktionsplans Inklusion zügig voranzubringen, in Zusammenarbeit mit Fachverbänden, sachkundiger Bürgerschaft, freien Trägern und kommunaler Verwaltung.

Inklusion soll in der städtischen Verwaltung und den städtischen Gesellschaften als wichtige Aufgabe im Sinne einer Handlungsgrundlage verstanden werden.

Sämtliche Vorhaben innerhalb des Bau- und Planungsrechtes sind so zu gestalten, dass Inklusion Berücksichtigung findet. Nach dieser Maßgabe ist die Gestaltung des öffentlichen Raumes zu beachten.

Dabei ist die Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat der Stadt unabdingbar.

Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet uns dazu, Schülerinnen und Schüler mit und ohne Beeinträchtigung oder Lernschwächen, sozial emotionalem Förderbedarf oder anderen besonderen Bedürfnissen gemeinsam lernen zu lassen. Daher wird die Koalition die Weiterentwicklung des inklusiven Schulsystems in Offenbach vorantreiben. Die Förderung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf kann aber auch an den Förderschulen erfolgen. Die Arbeit dieser Förderschulen soll von der Stadt Offenbach weiter positiv begleitet werden.

In diesem Sinne gilt es, alle Schulen in Offenbach vorausblickend in die Lage zu versetzen, Förder- und Unterstützungsangebote bereitzuhalten. Hier gilt es auch, die Kooperation aller an der Schulentwicklung beteiligter Ebenen (SSA, HKM, Stadtschulamt, Jugendamt) zu fördern.

Jugendarbeit

Im Bereich der offenen Jugendarbeit streben wir eine bessere Verzahnung zwischen dem Jugendamt und den Schulen sowie dem Staatlichen Schulamt an.

Es wird keine Kürzungen bei Jugendzentren geben.

Bewährte Angebote wie die der städtischen Jugendzentren, der Kinder- und Jugendfarm oder der Stadtranderholung sollen weiter unterstützt werden.

Die existierenden Möglichkeiten zur Förderung des gemeinnützigen Engagements von Jugendlichen wie Ehrenamtskarte, Jugendleiterkarte und Ehrenamtspreis sollen verstärkt beworben werden.

Senioren

Die älter werdende Gesellschaft stellt an die Politik neue Anforderungen. Viele Menschen, die heute aus dem aktiven Arbeitsleben ausscheiden, bringen ein hohes Maß an Engagement und Erfahrungswerten mit und wollen sich aktiv einbringen. Ältere Menschen haben den Wunsch, möglichst lange eigenständig in ihrem gewohnten Umfeld zu leben. Dem muss eine moderne städtische Seniorenpolitik gerecht werden.

Wir pflegen einen würdigen und respektvollen Umgang mit älteren Mitmenschen und streben eine zeitgemäße Kultur des Alterns an, um die Teilhabemöglichkeiten älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben zu stärken.

Wir tragen dafür Sorge, dass die Bedürfnisse älterer Menschen beim städtischen Handeln, beispielsweise im Bau- und Planungsbereich, stärker Berücksichtigung finden. Mit dem Seniorenrat arbeiten wir dabei partnerschaftlich zusammen.

Wir schreiben den städtischen Altenplan fort und passen ihn wo immer nötig an moderne Erfordernisse an.

Wir unterstützen Maßnahmen, die eine weitere Verbesserung der ambulanten Versorgung von Senioren erbringen. Für uns gilt der Grundsatz: Ambulant vor Stationär.

Wir unterstützen das Programm „Aktiv im Alter“, um damit die Möglichkeiten zum bürgerschaftlichen Engagement nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben zu bieten und zugleich das Wissen an die nachfolgenden Generationen weiter geben zu können.

Wir streben vorbehaltlich der Finanzierung den Bau eines Mehrgenerationenhauses an.

Gesundheit

Eine ausgewogene und gesunde Ernährung ist ein wichtiger Beitrag zur Gesundheit. Wir bekennen uns zum Ziel, in städtischen Einrichtungen wie Kindertagesstätten und Senioreneinrichtungen eine vollwertige Ernährung anzubieten, die die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung berücksichtigt und auf regionale und saisonale Produkte zurückgreift. Besonders im Kitabereich ist darauf zu achten, dass die Kinder eine Ernährungspraxis erfahren, die ihnen gesunde Alternativen zu Fastfood und zu Süßigkeiten vermittelt. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir die Eltern einbeziehen, damit Impulse für eine gesunde Ernährung auch in den familiären Bereich eingehen. Die Kindertagesstätten sind auch bei diesem Thema als Bildungseinrichtungen zu begreifen.

Die Chancen, gesund zu bleiben oder zu werden, müssen für jeden gleich sein. Ein kommunaler Regelungsbedarf kann sich aber vorrangig nur auf das Setzen von Rahmenbedingungen beziehen.

Bei der Versorgung im Gesundheitsbereich gilt für uns der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Menschen, die auf medizinische und pflegerische Hilfe angewiesen sind, sollen solange wie möglich zu Hause bleiben können, wenn sie dies wünschen. Wir setzen uns dafür ein, dass pflegende Angehörige dabei eine Unterstützung durch städtische Ämter und eine umfassende Aufklärung über Hilfen und Entlastungen bekommen. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, ein gutes Angebot an kultursensibler Altenpflege zu organisieren.

Im palliativmedizinischen Bereich sollen die ambulanten und stationären Angebote unterschiedlicher Träger bekannter gemacht werden.

Die anerkannten Träger der Suchthilfe leisten eine wertvolle Hilfe bei der Wiedereingliederung von Suchtkranken in das gesellschaftliche Leben. Wir haben großes Interesse am Bestand dieser Einrichtungen und setzen uns dafür ein, dass sämtliche Zuschüsse auch künftig erhalten bleiben.

Geschlechtergerechtigkeit

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft ist ein wichtiges Anliegen dieser Koalition. Geschlechtergerechtigkeit ist Querschnittsaufgabe. Es geht uns darum, Lebensentwürfe in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit zu erkennen, zu akzeptieren und zu fördern. Frauen und Männer sollen frei von Diskriminierungen leben und sich entfalten können. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die allen Menschen Entwicklungsmöglichkeiten lässt - unabhängig von Geschlecht und Herkunft.

Frauen und Männer haben das gleiche Recht auf Familie und Beruf. Sie brauchen deshalb Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, Familienleben und Beruf miteinander zu vereinbaren. Kommunale Arbeitsmarktpolitik muss deshalb sicherstellen, dass Frauen bei der Integration in den Arbeitsmarkt gefördert werden. Insbesondere für Alleinerziehende - mehrheitlich Frauen - hängt die Teilnahme am Arbeitsleben von einer familienfreundlichen Infrastruktur ab, z.B. Kinderbetreuung, Möglichkeiten für gemeinschaftliche Wohnformen usw. Wichtig ist auch eine optimale berufliche Qualifizierung für Mädchen und Frauen, um Benachteiligungen im Arbeitsleben zu verhindern.

Die Einführung eines Gender Budgets ist uns ein wichtiges Anliegen: So soll der kommunale Haushalt im Hinblick auf seine Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern systematisch überprüft und exemplarisch an einzelnen Produktkonten neu ausgerichtet werden.

Wir begrüßen die Novellierung des Hessischen Gleichstellungsgesetzes und werden es weiterhin aktiv auf kommunaler Ebene umsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Vergabe öffentlicher Ämter (Kommissionen, Beiräte, Verwaltungs- und Aufsichtsräte usw.) mindestens zur Hälfte Frauen berücksichtigt werden. Dies gilt auch für die Unternehmen des Stadtkonzerns.

Das Hessische Gleichstellungsgesetz wird von uns in die Praxis umgesetzt:

- Führungspositionen sollen zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern besetzt werden
- Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden gefördert
- vorhandene Ausbildungsplätze werden durch betriebliche Aktivitäten gleichermaßen für Mädchen und Jungen geöffnet (Girls Day, Social-Boys-Day)
- die erfolgreich etablierten Mentoring-Projekte werden fortgesetzt
- die Arbeit des kommunalen Frauenbüros wird weiterhin unterstützt.

Wir unterstützen auch die Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und werden dafür sorgen, dass diese Angebote noch besser bekannt gemacht werden. Dazu hat das Land Hessen mehr Geld im Sozialbudget zur Verfügung gestellt.

Außerdem wollen wir das Frauenhaus, die Frauenberatungsstelle und die vorhandenen Frauenprojekte finanziell nachhaltig sichern.

Akzeptanz, Chancengerechtigkeit und Teilhabe

Wir machen uns auch in Offenbach stark für Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgeschlechtlichen und intergeschlechtlichen Menschen

(LSBTI). Diskriminierung wegen der sexuellen oder geschlechtlichen Identität oder des geschlechtlichen Ausdrucks hat keinen Platz in einer weltoffenen Stadtgesellschaft. Im engen Austausch mit den lokalen Akteuren der LSBTI-Community wollen wir die Akzeptanz von LSBTI erhöhen und diese dabei unterstützen, ein spezifisches Beratungsangebot für LSBTI zu entwickeln. Besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf die Situation von LSBTI-Jugendlichen legen, denn hier besteht trotz gesellschaftlicher Fortschritte weiterhin großer Unterstützungs- und Aufklärungsbedarf. Wir werden deshalb in unseren Schulen und Bildungseinrichtungen Programme fördern, um Diskriminierung abzubauen. Es bedarf auch Aufklärungsarbeit in Alten- und Pflegeeinrichtungen, damit LSBTI auch im Alter ohne Angst vor Diskriminierungen leben können.

Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung

Sauberkeit und Sicherheit sind ein wichtiger Image- und Standortfaktor für Wohnen und Gewerbe und damit für eine gute Stadtentwicklung. Sauberkeit und Sicherheitsgefühl bedingen auch einander, denn das subjektive Sicherheitsgefühl und auch objektive Sicherheit stehen in Zusammenhang mit dem Zustand des äußeren Umfelds. Die Koalition wird die Anstrengungen für ein sicheres und sauberes Offenbach deshalb intensivieren und zu einem wichtigen Schwerpunkt ihrer Arbeit machen.

Stabsstelle sauberes Offenbach

Wir führen eine „Stabsstelle Sauberes Offenbach“ ein, einen „Sauberkeitsbeauftragten“ mit Querschnittskompetenzen. Wir werden dabei prüfen, ob diese Stabsstelle beim Projekt „Besser Leben in Offenbach angesiedelt werden kann“. Die Arbeit des Projektes „Besser leben in Offenbach“ bei der kleinteiligen Aufwertung des öffentlichen Raumes und insbesondere bei der Verbesserung der Sauberkeit werden wir weiter ausbauen.

Bußgeldkatalog

Wir werden den Bußgeldkatalog verschärfen. Damit wollen wir den abschreckenden Charakter des Ordnungsrechts stärken. So wollen wir die Vermüllung Offenbachs durch gedankenloses Wegwerfen von Abfällen, illegale Sperr- und Hausmüllablagerungen oder sonstige Verschmutzungen (Zigarettenkippen, Kaugummis, Hundekot etc.) reduzieren. Das Beispiel Frankfurt dient uns dabei als erfolgreiches Vorbild.

Stadtpolizei und Ordnungsbehörden

Wir setzen uns dafür ein, die Ausstattung des allgemeinen Ordnungsdienstes bzw. der Stadtpolizei zu verbessern. Wir streben einen verstärkten Einsatz der Stadtpolizei bis 1 Uhr nachts an. So können Verstöße gegen die Abfallsatzung, Ruhestörungen, widerrechtliche in der Fußgängerzone rasende Radfahrer, sowie die Sicherheit in Parks und auf Plätzen besser gewährleistet werden.

Mit der Einführung des ehrenamtlichen Freiwilligen Polizeidienstes unterstützen wir die Stadtpolizei. Der Freiwillige Polizeidienst dient dem Ziel, insbesondere durch das Zeigen von Präsenz, das Beobachten und Melden von Wahrnehmungen betreffend die öffentliche Sicherheit und Ordnung

und durch das vorbeugende Gespräch mit dem Bürger die objektive und subjektive Sicherheitslage in unserer Stadt weiter zu verbessern.

Qualitätsmanagement

Wir wollen die Erbringung der Dienstleistungen bei Grünpflege und Straßenreinigung stärker kontrollieren. Dazu sollen die Ämter, die über das jeweilige Fachpersonal verfügen, die erbrachten Leistungen systematisch nach Quantität und Qualität überprüfen. Bei Veränderungen der Flächen, Mehrung oder Minderung, wie z. B. durch Baumaßnahmen oder Umgestaltung, teilt das Amt dem Stadtdienstleister dies mit und wird im Rahmendienstleistungsvertrag dementsprechend angepasst.

Die Pflege- und Reinigungsintervalle sind regelmäßig zu überprüfen. Sonderleistungen sind gesondert zu vergüten. Der Kontrollmechanismus muss demjenigen gleichgestellt sein, der erfolgt, wenn diese Arbeiten durch externe Firmen ausgeführt werden. Es ist auch stärker zu überprüfen, ob die Anzahl der Mülltonnen ausreicht. Müllhotline- und Mängelmelder wollen wir stärker bewerben.

Wir wollen uns verstärkt um ehrenamtliche Paten/Kümmerer für öffentliche Flächen bemühen. Gemeinsam mit den sog. „Rundgängern“, die bei den Stadtteilbüros angesiedelt sind, können sie zur dauerhaften Kontrolle des Zustandes bestimmter Bereiche des öffentlichen Raums beitragen und auch beim Qualitätsmanagement für die zu reinigenden Flächen helfen.

Videoüberwachung

Videoüberwachung kann ein wichtiger Beitrag zu mehr Sicherheit bei speziellen Problemsituationen sein (Bsp. Marktplatz / Frankfurter Straße). Wo die Sicherheitslage es erfordert, befürworten wir in Abstimmung mit der Polizei deshalb den Einsatz von Videoanlagen. Erfolg und Erfordernis der Videoüberwachung sind an den jeweiligen Standorten aber stets zu evaluieren.

Neue Maßnahmen zur Videoüberwachung werden befristet. Am Ende der Frist wird gemeinsam mit der Polizei evaluiert, ob ein Weiterbetrieb sachlich gegeben ist.

Die flächendeckende Überwachung der Bürger im öffentlichen Raum lehnen wir ab. Anlagen in deren Umfeld keine dauerhafte Verbesserung der Sicherheit festzustellen ist, kommen auf den Prüfstand.

Anti-Graffiti-Mobil

Über das Projekt „Besser Leben in Offenbach“ und in Zusammenarbeit mit der Polizei, den Wohnungsbaugesellschaften und dem Förderverein Sicheres Offenbach wollen wir einen neuen Anlauf nehmen, die Verunreinigung mit Graffiti stärker zu verfolgen und zu ahnden. Zur schnelleren Beseitigung wollen wir ein sogenanntes „Anti-Graffiti-Mobil“ als Angebot für Bürger und Wohnbaugesellschaften schaffen. Wir wollen ein Sponsoring dieses Mobils auf Spendenbasis der hiesigen Malerbetriebe schaffen. Eventuell können auch hier der Förderverein „Sicheres Offenbach“ oder die Bürgerstiftung unterstützen.

Aufenthaltsqualität und Sicherheit

Wir setzen uns dafür ein, die öffentliche Infrastruktur aufzuwerten, hin zu einer besseren Aufenthaltsqualität. Diese kann durch weitere Sitzbänke, neu und offen gestaltete Spielbereiche, mehr Papierkörbe, Aufsätze für Zigarettkippen sowie durch zusätzliche Beleuchtung an neuralgischen Punkten geschaffen werden. Denn öffentliche Räume und Quartiere müssen sicher und attraktiv gestaltet sein.

Prävention

Wir brauchen intensivere Kampagnen und Aktionen für mehr Sauberkeit an Kitas und Schulen. Eine Einbruchschutzkampagne von Ordnungsamt und Polizei, präventive Aktionen wie „Nachbarn schützen Nachbarn“ müssen gestärkt werden. Dabei wollen wir Bürgerinnen und Bürger stärker einbeziehen. Denn wo diese sich stärker mit Ihrer Umgebung identifizieren steigt das subjektive und objektive Sicherheitsempfinden.

Örtliche Regeln vermitteln wir durch mehrsprachige Informationen schon bei der Anmeldung im Bürgerbüro.

Wir wollen die erfolgreichen Projekte des Jugendamtes zur Gewaltprävention auf möglichst alle Schulen übertragen.

Haus des Jugendrechts

Wir setzen uns für die Errichtung eines „Haus des Jugendrechts“, in dem Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendamt eng zusammenarbeiten, ein. Die Kriminalitätsprävention bei Jugendlichen wollen wir ausbauen. Wir wollen eine echte Sicherheitspartnerschaft gegen die Jugendkriminalität aufbauen. Wir fördern die Einführung der „Gelben Karte“.

Feuerwehr

Die Freiwillige und die städtische Feuerwehr sowie die Hilfs- und Rettungsdienste sind unverzichtbar zum Schutz unserer Bürger und Bürgerinnen in Notlagen.

Wir werden die vorbildliche Arbeit des Brand- und Katastrophenschutzes sowie der Rettungsdienste weiter unterstützen.

Ehrenamtliches Engagement ist eine der wichtigsten Stützen unserer Gesellschaft und muss dementsprechend gefördert und gewürdigt werden. Die Freiwilligen Feuerwehren Bieber, Rumpenheim und Waldheim leisten eine wichtige Arbeit in unserer Stadt. Ihre Förderung ist uns wichtig. Wir werden die Feuerwehren bei ihrer Nachwuchswerbung unterstützen. Ziel ist insbesondere die Erschließung neuer Zielgruppen (Frauen, Migranten).

Ein Augenmerk soll auch auf der Jugendfeuerwehr liegen. Gerade Kinder aus Migrantenfamilien sollen hier angesprochen und ermuntert werden.

Wir werden prüfen, ob jungen Erwachsenen die Möglichkeit geboten werden kann, ein Freiwilliges Soziales Jahr bei der Feuerwehr zu absolvieren.

Sport, Kultur, Städtepartnerschaften

Sport ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Deshalb werden wir auf ein vielfältiges Angebot insbesondere im Breitensport achten. Das Land Hessen muss seiner verfassungsrechtlichen Pflicht nachkommen und der Kommune hierfür die Mittel sichern. Aus Sicht der Koalition leistet der Sport hervorragende Arbeit zur Integration. Auch Sportvereine sind als Integrationspartner weiter zu fördern.

Für die Vereine wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass sie zunehmend in die ganztägige Arbeit der Schulen eingebunden werden. Durch diese Zusammenarbeit leisten die Vereine einen wichtigen Beitrag zur Ganztagsarbeit und können gleichzeitig Nachwuchsarbeit betreiben.

Das Sportamt soll sich verstärkt als Dienstleister für die Vereine verstehen und einen Informationspool z. B. für die verschiedenen Angebote vorhalten und Verbindungsglied zwischen Stadtverwaltung und Vereinen sein.

Sportanlagen

Im Rahmen der Erarbeitung eines Sportstättenentwicklungskonzepts wird zu prüfen sein, ob und in welchem Rahmen der Ausbaus des Sana Sportparks am Wiener Ring für weitere Sportarten nötig ist.

Die Sanierung und Modernisierung des Schwimmbads Rosenhöhe wird fortgesetzt.

Es ist zu prüfen, ob eine Traglufthalle auch für das 25-Meter-Becken ermöglicht werden kann – auch und gerade mit Blick auf den schulischen Schwimmunterricht.

Die Instandhaltung der Sportanlagen sowie der Bolzplätze ist eine wichtige Aufgabe.

Die Koalition will neben den klassischen Sportplätzen mehr öffentliche Sport- und Fitnessplätze zur Verfügung stellen. Hierzu sollen Fördermittel und Sponsorengelder, insbesondere Mittel des Regionalparks, eingeworben werden.

Sportförderung

Ziel der städtischen Sportförderung ist es, ein vielfältiges Breitensportangebot vorzuhalten und gleichzeitig die Offenbacher Nachwuchsarbeit im Leistungssportbereich zu fördern, da dieser eine Leuchtturm- und Vorbildfunktion besitzt.

Wir werden uns für eine faire, gerechte und transparente Vereinsförderung einsetzen. Vereine und Initiativen müssen sich über die gesamte Wahlperiode auf eine zugesagte Förderung verlassen können. Wir wollen daher verbindliche und belastbare Zusagen und Vereinbarungen treffen. Dabei wollen wir die Kriterien für die Förderung von Vereinen und Initiativen weiter schärfen und ausbauen und für alle Betroffenen Transparenz schaffen. Ziel ist es, nicht nur Großvereine zu fördern, sondern auch kleine Vereine mit Nischensportarten.

Die Stadt ist kein Ausfallbürge für schlecht wirtschaftende Vereine.

Mit Hilfe des zu erarbeitenden Sportstättenentwicklungskonzepts soll auch Einfluss auf die Zusammenarbeit zwischen den Vereinen genommen werden. Ziel ist es, die Sportstätten optimal zu nutzen und Synergieeffekte zu heben.

Erweiterung des Sport-, Kultur- und Freizeitangebotes

Der Boxclub Nordend mit seinem großen sportlichen und sozialen Engagement leistet eine hervorragende Arbeit. Dies gilt es für die Zukunft zu sichern. Die mittelfristig anstehende Frage nach einem neuen Standort haben wir besonders im Blick. Dabei werden wir auch prüfen, ob der neue Standort mit einer Erweiterung des Angebots verbunden werden kann, beispielsweise mit Übernachtungsmöglichkeiten für Sportlerinnen und Sportler, die zu Wettkämpfen oder Lehrgängen nach Offenbach reisen. Mit dem Land werden wir Verhandlungen aufnehmen, ob vom Land genutzte Liegenschaften für den Erhalt und die Erweiterung des Sport-, Kultur- und Freizeitangebotes genutzt werden können.

Museen, Kunst und Kultur

Die Koalition sieht die Förderung von Kunst und Kultur als Teil der Bildungspolitik.

Daneben wollen wir mit der Kulturförderung die Stadt als Kreativstandort stärken. Städtisch initiierte Kultur und insbesondere das Kulturleben von Vereinen, Gruppen und privaten Initiativen verdienen gleichwertige Unterstützung neben der Pflege der lokalen Museumslandschaft. Leuchttürme des Offenbacher Kulturangebots, wie z.B. die Classic-Lounge oder das Lichterfest, gilt es zu stärken und zu sichern.

Weitere Kürzungen im Kulturetat lehnen wir ab.

Die Zusammenarbeit mit der HfG soll ausgebaut und eine Plattform zwischen Hochschule, städtischen Institutionen und Kulturschaffenden geschaffen und gestaltet werden. Ziel ist eine engere Abstimmung zwischen privaten und öffentlichen Angeboten.

Ziel muss es auch sein, die finanziellen Förderungen durch den Kulturfonds sowie durch EU- und weitere Mittel mit Hilfe des Kulturbüros stärker zu nutzen.

Wir bekennen uns zu den Offenbacher Museen und unterstützen die Leitungen bei der Weiterentwicklung der verschiedenen Konzepte. Hierzu soll auch eine aktive Marketingstrategie erarbeitet werden.

Wir werden darauf achten, dass die Kulturvereine durch die Zurverfügungstellung von kostengünstigen städtischen Räumen und Hallen ihre Proben und Veranstaltungen durchführen können. Wir unterstützen damit die aktive Basis. Die Koalition nimmt sich daneben vor, die kulturelle Zwischennutzung öffentlicher Gebäude zur ermöglichen.

Für die Nutzer des Zollamtsstudios wird eine Anschlusslösung gesucht.

Die Koalition beabsichtigt, für die Ortsteile Bieber, Bürgel und Rumpenheim jeweils einen „Kulturbeauftragten“ von der Kulturkommission benennen zu lassen, der als Beauftragter für die Kulturschaffenden ehrenamtlich tätig werden und jeweils einen Sitz in der Kulturkommission haben soll. Damit streben wir an die Kulturautonomie in den Stadtteilen zu stärken.

Städtepartnerschaften

Die Städtepartnerschaften sollen revitalisiert und eine regionale Neuausrichtung geprüft werden. Zu prüfen ist, ob durch einen Förderkreis - unter Einbeziehung der Schulen – eine breitere Aufmerksamkeit und Mitwirkung in der Bürgerschaft erreicht werden kann.

Integration

In Offenbach sehen wir Integration als Querschnittsaufgabe der Lokalpolitik. Hier leben Menschen aus 156 Nationen – eine bunte Stadtgesellschaft. Den Rahmen für das Zusammenwachsen der Kulturen bildet die freiheitlich demokratische Werteorientierung, wie sie im Grundgesetz beschrieben ist. Die Verantwortlichen aller Religionsgemeinschaften werden aufgefordert, sich zur Einhaltung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verpflichten. Dies hat die Kommune stets zu verdeutlichen.

Mit dem Ziel der Integration unterstützen wir Programme zur Sprachförderung von Kindern insbesondere auch in Kindertagesstätten und Schulen sowie niederschwellige Angebote für Eltern. Wir befürworten Projekte zum kulturellen, interreligiösen und sprachlichen Austausch sowie die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten und deren ehrenamtliches Engagement für unser Gemeinwesen. Kultur- und Sportvereine, Stadtteilbüros und Religionsgemeinschaften können hier wertvolle Partner sein. Auch eine ausgewogene Durchmischung der Wohnquartiere verhindert ein Nebeneinander der Kulturen.

Diskriminierung treten wir entschieden entgegen.

Geflüchtete genießen Schutz und Hilfe.

In Offenbach leben weit über 50% Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund. Die Offenbacher Wirtschaft hat Menschen unterschiedlicher Herkunft als Bereicherung schätzen gelernt. Auch in der kommunalen Verwaltung und in den städtischen Gesellschaften sollte sich die interkulturelle Vielfalt sichtbar widerspiegeln. Dies hilft Zugangsbarrieren abzubauen und strahlt positiv als Vorbild in andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus. Wir werden daher mit Unterstützung des Antidiskriminierungsbeauftragten dafür sorgen, dass bei Bewerbungsverfahren um Ausbildungsplätze und um Arbeitsstellen Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund entsprechend ihrer Qualifikationen berücksichtigt werden.

Ein Monitoring in Form eines regelmäßigen Integrationsberichtes schafft Transparenz über Angebote und Mitteleinsatz und dient als Steuerungsinstrument kommunaler Integrationspolitik.

Beim Bund setzen wir uns für eine stärkere finanzielle Förderung der kommunalen Integrationsmaßnahmen ein.

Als äußeres Zeichen dieser Schwerpunktsetzung benennen wir den Sozialausschuss in „Ausschuss für Soziales und Integration“ um.

Zusammenarbeit der Koalition

1. Diese Koalitionsvereinbarung gilt für die gesamte Wahlperiode bis 2021.
2. Die Koalitionspartner stimmen in allen Gremien grundsätzlich gemeinsam ab. Dies gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der Vereinbarung sind.
3. Auch in übergeordneten Gremien handeln die Koalitionspartner im gemeinsamen Interesse der Stadt.
4. Anträge und Initiativen in der Stadtverordnetenversammlung, in den Ausschüssen und allen übrigen Gremien (unmittelbar und mittelbar und im Stadtkonzern) werden nur gemeinsam eingebracht. Das Einvernehmen gilt auch für Vorlagen im Magistrat, für Personalvorschläge für städtische Gremien sowie für Personalvorschläge, die die Stadt Offenbach macht bzw. den Stadtkonzern.
5. Die Abstimmung der Koalition zu Fachvorlagen und Fachinitiativen erfolgt durch die Leiter der Facharbeitskreise bzw. Ausschuss-Obleute der jeweiligen Koalitionsfraktion. Ist eine Einigung nicht möglich, ist es Aufgabe der Fraktionsvorsitzenden diese herbeizuführen.
6. Die Koalition bildet Facharbeitskreise spiegelbildlich zu den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung
7. Die Abstimmung der Koalition zu Personalentscheidungen, Entscheidungen zu Gesellschaften oder Beteiligungen ist Aufgabe der Fraktionsvorsitzenden.
8. Ist auf Ebene der Obleute oder Fraktionsvorsitzenden keine Einigung zu erzielen, fällt diese Aufgabe dem Lenkungskreis zu. In ihm sind die Fraktions- und Parteivorsitzenden sowie die Dezernenten der Koalition vertreten. Der Lenkungskreis tritt umgehend zusammen bzw. auf Verlangen eines Partners. Vor einer Entscheidung des Lenkungskreises wird keine Entscheidung getroffen.
9. Die Fraktionsvorsitzenden und die Dezernenten der Koalition vereinbaren einen Jour fixe. Darin stimmen sich die Teilnehmer über alle bedeutsamen Entwicklungen und Vorhaben, anstehende Vorlagen sowie die Tagesordnungspunkte der Magistratssitzungen ab.
10. Vorlagen werden von den Dezernenten der Koalition so frühzeitig vorgelegt beziehungsweise in ihren Kerninhalten erläutert, dass eine ausreichende Beratung in den Arbeitskreisen der Fraktionen stets möglich ist. Bei dringlichen Vorlagen erfolgt gegebenenfalls eine Abstimmung mit den Fraktionsvorsitzenden.
11. Ist ein grundsätzlicher Konsens nicht rechtzeitig herbeizuführen, wird die Vorlage nicht in den Magistrat eingebracht. Es ist Aufgabe der Fraktionsvorsitzenden, gemeinsam mit den Dezernenten der Koalition eine Einigung herbeizuführen. Ist dies nicht möglich, geht die Vorlage an den Lenkungskreis.
12. Zwei Mal im Jahr informiert der zuständige Dezernent der Koalition die Arbeitskreise über geplante Vorhaben und stellt so eine Vorabstimmung mit den Fraktionen sicher.
13. Die Koalitionspartner erkennen an, dass die Parteien auf Landes- und Bundesebene verschiedene Positionen vertreten. Sollten bundes- oder landespolitische Themen in der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden, gilt folgende Regelung: Die Koalitionspartner verständigen sich auf ein gemeinsames Verfahren und sind in der Aussprache frei ihre Positionen öffentlich zu vertreten, sofern keine Belange dieses Koalitionsvertrages berührt werden.
14. Ein Konsens im Dissens ist möglich und wird zwischen den Partner durch gemeinsame Verfahrensabsprachen einvernehmlich geregelt.

Offenbach am Main, den 24. Mai.2016

CDU Offenbach-Stadt

Stefan Grüttner MdL
Kreisvorsitzender

Peter Freier
Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Birgit Simon
Parteisprecherin

Ursula Richter
Fraktionsvorsitzende

Freie Demokraten

Paul-Gerhard Weiß
Kreisvorsitzender

Oliver Stirböck
Fraktionsvorsitzender

Freie Wähler Offenbach

Ulrich Stenger
Vorsitzender

Annette Schroeder-Rupp
Fraktionsvorsitzende